Zeitschrift: Schriftenreihe = Collection / Forum Helveticum

Herausgeber: Forum Helveticum

Band: 10 (2002)

Rubrik: Sozial- und sprachwissenschaftliche Aspekte = Aspects liés aux sciences sociales et à la linguistique

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 31.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

SOZIAL- UND SPRACHWISSENSCHAFTLICHE ASPEKTE

ASPECTS LIÉS AUX SCIENCES SOCIALES ET À LA LINGUISTIQUE

BELGISIERUNG DER SCHWEIZ: SCHLAGWORT ODER WIRKLICHKEIT?

Urs Altermatt

Mit dem österreichischen Politikwissenschafter Joseph Marko kann man die Ethnisierung der Politik als «Naturalisierung des Unterschieds» bezeichnen. In Zeiten von Umbrüchen ziehen sich die Menschen gerne in kollektive Identitäten zurück, die ihnen Sicherheit vermitteln. Die geistige Desorientierung der Gegenwart fördert das Apartheid-Denken, hinter dem irrationale Ängste vor dem Fremden stehen. Die «Inländer» appellieren an «ihr» Volk und «ihre» Nation, um den Nationalstaat als Sachverwalter «ihrer» angeblichen Besitzrechte und Privilegien zu vereinnahmen. Wie der deutsche Politikwissenschafter Hans-Gerd Jaschke betont, werden Ethnizität und Nation zu Mitteln der sozialen und politischen Strategie. Kategorien wie Sprache, Religion oder Ethnie nehmen den Charakter von Instrumenten zur politischen Mobilisierung an, in der soziale Ungleichheit als ethnisch-nationale Ungleichwertigkeit propagiert wird.

Malaise zwischen den Sprachgemeinschaften

Krisen und Konflikte zwischen den Sprachgemeinschaften gehören zur Schweizer Geschichte des 19. und 20. Jahrhunderts. Erinnern wir uns an die Debatten um die Gründung einer Bundesuniversität in den 1850er Jahren, an die Opposition der welschen Schweiz gegenüber der Bundesrevision von 1872 oder an den «Graben» zwischen der deutschen und welschen Schweiz während des Ersten Weltkrieges. Nachdem die Sprachenkonflikte zunächst in der geistigen Mobilisierung gegen den Faschismus in den Hintergrund getreten waren und sich nach dem Zweiten Weltkrieg in der wirtschaftlichen Wachstumsperiode von 1945-1965 aufgelöst hatten, gewannen sie um 1970 erneut an Gewicht. Wie Christophe Büchi schreibt, wirkte der Jurakonflikt als Katalysator.

Für die Verschlechterung des Klimas zwischen der deutschen und der frankophonen Schweiz kann man unterschiedliche Entwicklungen verantwortlich machen, die mit der gesellschaftlichen Modernisierung zusammenhängen. In dem Masse, in dem die traditionellen Bindungen der weltanschaulichen Parteimilieus nach 1970 Auflösungserscheinungen zeitigten, fanden neue Heilslehren ihre Anhänger. Je mehr sich Wirtschafts- und Konsumverhalten angli-

chen, desto stärker hatten die Menschen das Bedürfnis, sich wenigstens auf der kulturellen Ebene voneinander zu unterscheiden. Damit gewann die Sprachenfrage auch in der Schweiz an politischer Relevanz.

In der Nachkriegsperiode von 1945 bis 1970 hatten sich in einem bisher unbekannten Ausmass wirtschaftlicher Wohlstand und soziale Sicherheit ausgebreitet, was den allgemeinen Wertewandel verstärkte. Die geistige und soziale Mobilität nahm zu, beschränkte sich aber in Bezug auf die Arbeitswelt und die Freizeit (siehe Fernsehen und Radio) im wesentlichen auf den eigenen Sprachraum. In der «postmaterialistischen» Periode nach 1970 gewannen kulturelle Themen an Gewicht. Die heranwachsende «Babyboom»-Generation besass andere Vorstellungen über die Schweiz als ihre aus der Aktivdienst-Generation stammenden Eltern. Nachdem die konfessionellen Fragen des Kulturkampfes und die sozialen Themen des Klassenkonfliktes weitgehend aus den öffentlichen Debatten verschwunden waren, traten andere Themen, z.B. sprachenpolitische, an ihre Stelle.

In der wirtschaftlichen Abschwungphase nach 1973/74 begannen viele Französischschweizer die wirtschaftlichen Probleme der Westschweiz mit sprachlich-ethnischen Gesichtspunkten zu deuten. Die wirtschaftlichen Konjunkturkrisen, die nach 1973/74 in unregelmässigen Abständen auftraten, förderten so die Ethnisierung der Politik auch in der Schweiz. Im Frühling 1996 verstärkte der Entscheid der Swissair, den Genfer gegenüber dem Zürcher Flughafen herabzustufen, das Gefühl in der Westschweiz, von den Deutschschweizern marginalisiert zu werden. Gerade dieses Beispiel illustriert gut, dass Menschen in Krisenlagen dazu neigen, ihre Probleme mit Bezug auf primordiale Kategorien wie Sprache oder Religion zu interpretieren. Aus der Geschichte von Minderheitenkonflikten in Europa wissen wir, dass ökonomische Ungleichheiten den Zusammenhalt eines Gemeinwesens schwächen, wenn sie von kulturellen oder ethnischen Differenzen überlagert werden. Dabei sind nicht so sehr die Fakten entscheidend als vielmehr die Vorstellungen, die sich die Menschen von den Fakten machen.

Den Massenmedien kommt in diesen Entwicklungen eine Schlüsselrolle zu. Bis um 1970 besassen die Westschweizer Kantone politische Öffentlichkeiten, die mehr oder weniger geschlossen auf die kantonale Politik ausgerichtet waren. Der christlichdemokratische Welschfreiburger las seine *Liberté*, in der er sich über die engere Heimat und das Weltgeschehen orientierte und dachte ähnlich wie sein Parteifreund in Genf oder in Pruntrut. Im Zusammenhang mit der Pressekonzentration entstanden im letzten Viertel des 20. Jahrhunderts in Lau-

sanne und Genf überregionale Zeitungen, die sich an die gesamte welsche Schweiz wendeten. An erster Stelle ist das 1981 entstandene *L'Hebdo* und der 1991 gegründete und bis 1998 existierende *Nouveau Quotidien* zu nennen. Im Jahre 1998 folgte *Le Temps* als überregionale Zeitung. Unter dem Einfluss der schleichenden Ethnisierung kultivierten verschiedene Journalisten ein welsches Malaise und betonten in ihren Analysen die Unterschiede zwischen den Sprachregionen, womit sie in der breiten Bevölkerung latent vorhandene Klischees und Vorurteile verstärkten.

Ähnlich wie die Kroaten oder die Slowenen entdeckten welsche Intellektuelle – wohlverstanden: Nicht alle – die frankophone Gemeinschaft der Romandie neu und konstruierten zu diesem Zweck eine welsche Identität, die sich primär auf die Einheit der Kultur und Sprache bezog und dabei die historischen Unterschiede der Kantone minimalisierte. Was die gleichen Leute für die ganze Schweiz zurückwiesen, nahmen sie mit Stolz für das Welschland in Anspruch: Eine gemeinsame Geschichte und eine gemeinsame Identität.

Da sich die politischen Institutionen langsamer als die Gesellschaft veränderten, machten sich unter der scheinbar stabilen Oberfläche geistige Verschiebungen bemerkbar, die nicht zu unterschätzen sind. Fast unmerklich nahm der Sprachenregionalismus zu und liess die herkömmlichen kantonalen, konfessionellen und parteipolitischen Grenzen erodieren. Diese Tendenzen bezeichne ich als Belgisierung, auch wenn daraus noch keine Sprachenblöcke wie in Belgien entstanden sind. Als ich 1996 in einem Buch die Schweiz unter dem Kapiteltitel *schleichenden Belgisierung* behandelte, löste dies freilich keine grössere Debatte aus.

Im Nachgang zur EWR-Abstimmung 1992 wurden die Beziehungen zwischen der deutschen und welschen Schweiz häufiger und kritischer thematisiert. Es entstanden in den neunziger Jahren mehrere Studien, die sich mit Sprachenfragen befassten, so u.a. Hanspeter Kriesi et al. (1996), Urs Dürmüller (1996), Pierre Centlivres (1996), Ernest Weibel (1997), Georges Lüdi et al. (1997), Peter Cichon (1998), Hans-Rudolf Wicker (1998), Pierre du Bois (1999), Robert Schläpfer und Hans Bickel (2000), Christophe Büchi (2000), Michael Hermann und Heiri Leuthold (2001).

Der sogenannte «Röstigraben» bei Volksabstimmungen

Auf nationaler Ebene manifestierten sich Spannungen zwischen der deutschen

und der welschen Schweiz am sichtbarsten in einzelnen Volksabstimmungen. Wie Michael Hermann und Heiri Leuthold in einer Studie über die Abstimmungsergebnisse der Gemeinden aufzeigten, vertiefte sich der sogenannte «Röstigraben» in den letzten zwanzig Jahren. Während in der Wachstumsperiode der achtziger Jahre noch hauptsächlich ökologische Fragen die Westschweiz von der deutschen Schweiz trennten, kamen in den neunziger Jahren zusätzlich Themen der Aussen- und Sozialpolitik hinzu.

Einen Höhepunkt erreichten die Differenzen um die Mitte der neunziger Jahre, als man bei ungefähr der Hälfte der zwanzig Abstimmungen (1994/95) grössere Unterschiede zwischen der Deutsch- und Westschweiz feststellen konnte. Berühmt wurde die Europa-Abstimmung über den Beitritt zum «Europäischen Wirtschaftsraum» vom 6. Dezember 1992. Die Französischschweizer stimmten dem EWR-Beitritt mit einer Ja-Mehrheit von 73,4 Prozent zu, während die Deutschschweizer und die italienischsprachigen Tessiner Nein-Mehrheiten von 56,4 Prozent beziehungsweise 61,5 Prozent aufwiesen.

Nach einer Studie von Hanspeter Kriesi, Boris Wernli, Pascal Sciarini und Matteo Gianni näherten sich allerdings die Sprachregionen im langen Zeitraum von 1872 bis 1994 in ihrem politischen Verhalten einander an. Die allgemeine Zunahme der Volksabstimmungen führte aber in absoluten Zahlen zu häufigeren Differenzen. Da die Medien seit 1970 dem Sprachenthema hohe Aufmerksamkeit schenken, rücken die Abstimmungsresultate in regelmässigen Abständen in den Brennpunkt des öffentlichen Diskurses. Darüberhinaus förderte die Studie zutage, dass der Sprachenfaktor seit den 1970er Jahren das Stimmverhalten der Schweizer stärker als früher bestimmt. Trotzdem bezeichnen die meisten Schweizer das Sprachenthema in Enqueten nicht als vordringliches Problem. Die Deutschschweizer neigen wie andere Mehrheiten dazu, Minderheitenfragen zu bagatellisieren.

Zusammenleben neu überdenken

1965 schrieb Denis de Rougemont, dass die Schweiz deshalb gut funktioniere, weil die Schweizer durch die politischen Institutionen miteinander verbunden seien, sonst aber in ihren eigenen Regionen und Kantonen ohne grosse gegenseitige Kenntnisse leben würden. Am Ende des 20. Jahrhunderts ist diese These nicht mehr gültig. Wie René Knüsel, Hanspeter Kriesi, Christophe Büchi, Kurt Müller u.a. richtig feststellen, haben die wirtschaftlichen und politischen

Interdependenzen auf nationaler und internationaler Ebene derart zugenommen hat, dass eine passive Koexistenz nicht mehr ausreicht.

Bis 1950 reagierten die Schweizer auf interkulturelle Probleme mit einem föderalistischen Reflex, der es den Sprachgemeinschaften ermöglichte, ihr Leben in den Kantonen mehr oder weniger nach der eigenen Façon zu gestalten. Die Welschen gehörten zusammen mit den Innerschweizer Katholiken zu den vehementesten Befürwortern dieser defensiven Föderalismus-Strategie. Im letzten Drittel des 20. Jahrhunderts veränderte sich die Ausgangslage völlig. An die Stelle der Frage, wie weit sich die Schweiz zentralisieren soll, trat das Thema der aussenpolitischen Öffnung. Die Mehrheit der Deutsch- und Italienischschweizer votiert in den Fragen der europäischen Integration und andern Themen für eine gewisse internationale Isolation, während die Romands grosse Hoffnungen auf die europäische Zusammenarbeit setzen.

Noch ist der nationale Zusammenhalt der Schweizer im Vergleich mit andern multikulturellen Ländern gut. Die Schweiz weist trotz der kulturellen, sprachlichen und religiösen Unterschiede eine hohe soziale Kohäsion auf. Vorderhand halten die traditionellen Institutionen der Politik noch zusammen, was kulturell auseinanderdrängt. Dieser Befund darf aber nicht darüber hinwegtäuschen, dass unter der Oberfläche der politischen Stabilität Tiefenströmungen vorhanden sind, die auf eine Ethnisierung von Gesellschaft und Politik hindeuten. Vorläufig wirkt der Wohlstand noch als Kohäsionsfaktor.

Die latente Ethnisierung ist mit einer schleichenden Belgisierung verbunden. Mit Hilfe der Massenmedien gewinnen die sprachregionalen Grenzen an Bedeutung und lassen im Alltag einen Sprachenkorporativismus nach belgischem Vorbild entstehen.

Dass die Schweiz bisher keine eigentliche Belgisierung durchmachte, hängt mit der schon von André Siegfried betonten Kraftfeldervielfalt zusammen, in der die Schweizer in einem typisch helvetischen «cross cutting» ständig wechselnde Konfliktfronten formen. Die Schweiz hielt bislang so gut zusammen, weil die politischen Grenzen nicht mit den konfessionellen und sprachlichen übereinstimmen. Dieses Grundmuster der Konfliktregelung ist im ausgehenden 20. Jahrhundert Belastungen ausgesetzt. Die Schweiz steht mitten in einem Anpassungsprozess, der sie zwingt, die alten Rahmenbedingungen des Zusammenlebens der vier Sprachgemeinschaften neu zu überdenken.

RÖSTI- UND ANDERE GRÄBEN IN DEN GESCHLECHTERKULTUREN: ERGEBNISSE AUS DEM FRAUEN- UND GLEICHSTELLUNGSATLAS SCHWEIZ

Elisabeth Bühler

Der *Frauen- und Gleichstellungsatlas Schweiz* (Seismo Verlag, 2001) bietet in Form von Karten, Graphiken und Kommentaren einen anschaulichen Überblick über zentrale Aspekte der Lebensbedingungen von Frauen und der Gleichstellung der Geschlechter in den verschiedenen Landesteilen und Regionen der Schweiz. Die Hauptkapitel sind den Bereichen Familien und Haushalte, Erwerbsarbeit und Beruf, unbezahlte Arbeit, Bildung sowie Politik und Staat gewidmet. Diesen sozialen Bereichen kommt aus einer Gleichstellungsperspektive eine speziell hohe Bedeutung zu.

Geschlechtergleichstellung

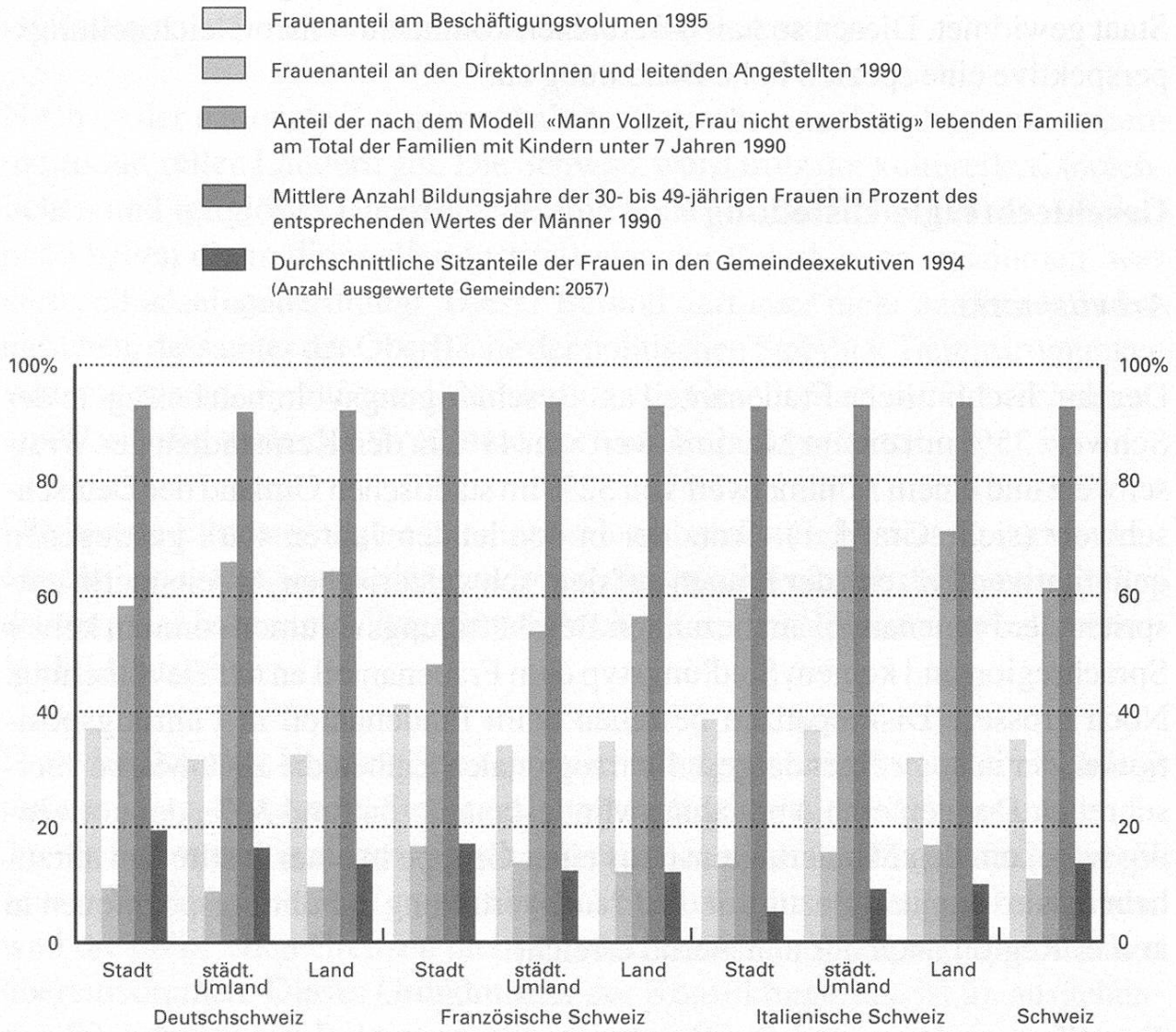
Arbeitsmarkt

Der durchschnittliche Frauenanteil am Beschäftigungsvolumen beträgt in der Schweiz 35% mit einem Maximalwert von 41% in den Kernstädten der Westschweiz und einem Minimalwert von 32% im städtischen Umland der Deutschschweiz (siehe Grafik 1). Trotz der in den letzten Jahren stark gestiegenen quantitativen Präsenz der Frauen auf dem schweizerischen Arbeitsmarkt entspricht der Frauenanteil am bezahlten Beschäftigungsvolumen somit in keiner Sprachregion und keinem Siedlungstyp dem Frauenanteil an der Bevölkerung. Noch grössere Diskrepanzen bestehen beim Frauenanteil in Führungspositionen, der in keiner hier dargestellten regionalen Einheit die 20%-Marke überschreitet. Der gemeinhin erwähnte Mindestanteil von rund 30%, der notwendig wäre, um den Minderheitenstatus einer Gruppe in einer Institution aufzuheben, wird damit in Bezug auf die Frauenvertretung in Führungspositionen in keiner Region auch nur annähernd erreicht.

Familie

Zwischen 1970 und 1990 ist in der Schweiz der Anteil der nach dem traditionellen bürgerlichen Familienmodell – Paar mit Kindern unter sieben Jahren, mit einem Vollzeit erwerbstätigen Vater und einer nicht erwerbstätigen Mutter

– von rund 75% auf gut 60% gesunken. Aktuelle Stichproben belegen, dass dieser Bedeutungsrückgang sich auch in den Neunzigerjahren fortgesetzt hat. Wie aus Grafik 1 hervorgeht, ist dieses traditionelle bürgerliche Familienmodell in der französischen Schweiz deutlich weniger verbreitet als in den anderen Sprachregionen. Unter der Vielzahl der heute in der Schweiz ausgeübten Familienformen repräsentiert dieses Modell die vergleichsweise grössten Geschlechterungleichheiten. Frau und Mann sind in hohem Masse voneinander abhängig. Diese Abhängigkeit ist jedoch keine symmetrische und gegenseitige, sondern eine einseitige und hierarchische, denn durch die Abhängigkeit vom Einkommen ihres Partners verfügt die Frau über weniger materielle Ressourcen und Entscheidungsspielräume als der Mann.



Grafik 1. Merkmale der Geschlechtergleichstellung nach Sprachregionen und Siedlungstypen in der Schweiz. Daten: Bundesamt für Statistik und Soziologisches Institut Universität Zürich; Grafik: M. Steinmann GIUZ.

Ausbildung

Die mittlere Anzahl Bildungsjahre der Einwohnerinnen und Einwohner der Schweiz, die vom Bundesamt für Statistik mit Hilfe der Angaben der eidgenössischen Volkszählung berechnet werden, sind eine einfache und anschauliche Grösse zur Messung des durchschnittlichen Bildungsstandes der Bevölkerung. Unter einer regionalen Perspektive besteht ein enger Zusammenhang zwischen dem Bildungsstand der Frauen und dem Bildungsstand der Männer. Dort, wo die durchschnittliche Anzahl Bildungsjahre der Männer hoch ist, ist sie es auch bei den Frauen. Wie aus Grafik 1 hervor geht, weisen die Frauen in allen Siedlungstypen und Sprachregionen aber im Durchschnitt weniger Ausbildungsjahre auf als die Männer; dies obwohl sich der Bildungsrückstand der Frauen in den letzten Jahrzehnten in der Schweiz markant verringert hat. Die regionalen Unterschiede der Geschlechterungleichheiten im mittleren Bildungsniveau sind relativ klein. Die geringsten Ungleichheiten weisen die Kernstädte der französischsprachigen Schweiz auf, wo die mittlere Anzahl Bildungsjahre der Frauen 95% des entsprechenden Wertes bei den Männern beträgt. Die grösste geschlechtsspezifische Bildungsdifferenz der Wohnbevölkerung verzeichnet mit einem Wert von 92% das städtische Umland der Deutschschweiz.

Staat

Im Gegensatz zu den anderen, bereits besprochenen Institutionen kommt der Westschweiz in Bezug auf die Frauenvertretungen in den Gemeinderegierungen keine Vorreiterrolle zu. Den höchsten mittleren Frauenanteil in den Gemeindeexekutiven verzeichnen diesmal die Kernstädte der Deutschschweiz (19%), während die Tessiner Kernstädte mit einem durchschnittlichen Frauenanteil von nur 5% das absolute Schlusslicht bilden (Angaben für die Stadt Lugano fehlen hier jedoch).

Insgesamt machen die in Grafik 1 dargestellten Merkmale der Geschlechterungleichheit deutlich, dass in keiner Sprachregion und keinem Siedlungstyp der Schweiz von einer tatsächlichen Gleichstellung der Geschlechter gesprochen werden kann. Neben dieser Gemeinsamkeit treten die durchaus vorhandenen regionalen Unterschiede etwas in den Hintergrund. Die geringsten Geschlechterungleichheiten sind tendenziell aber in der französischsprachigen Schweiz festzustellen. Bei den meisten Merkmalen wird auch ein Stadt-Land-Gefälle im Gleichstellungsgrad erkennbar.

Ursachen

Bei der Suche nach Ursachen für diese regionalen Unterschiede sind sowohl strukturelle als auch kulturelle Aspekte zu berücksichtigen. Zu den strukturellen Aspekten zählen in erster Linie wirtschaftliche und politische Rahmenbedingungen (z. B. Angebot an familienergänzenden Kinderbetreuungseinrichtungen und Tagesschulen, Modalitäten der Familienbesteuerung, wirtschaftliche Branchenstrukturen, regionales Lohnniveau usw.). Neben diesen strukturellen Rahmenbedingungen spielen die Einstellungen der Bevölkerung zur Rollenteilung der Geschlechter und zum «richtigen» Zusammenleben von Frauen und Männern eine mindestens ebenso wichtige Rolle. Diese geschlechterkulturellen Werte, Normen und Leitbilder kommen immer wieder auch in Volksabstimmungen deutlich zum Ausdruck.

Gleichstellungsrelevante Volksabstimmungen

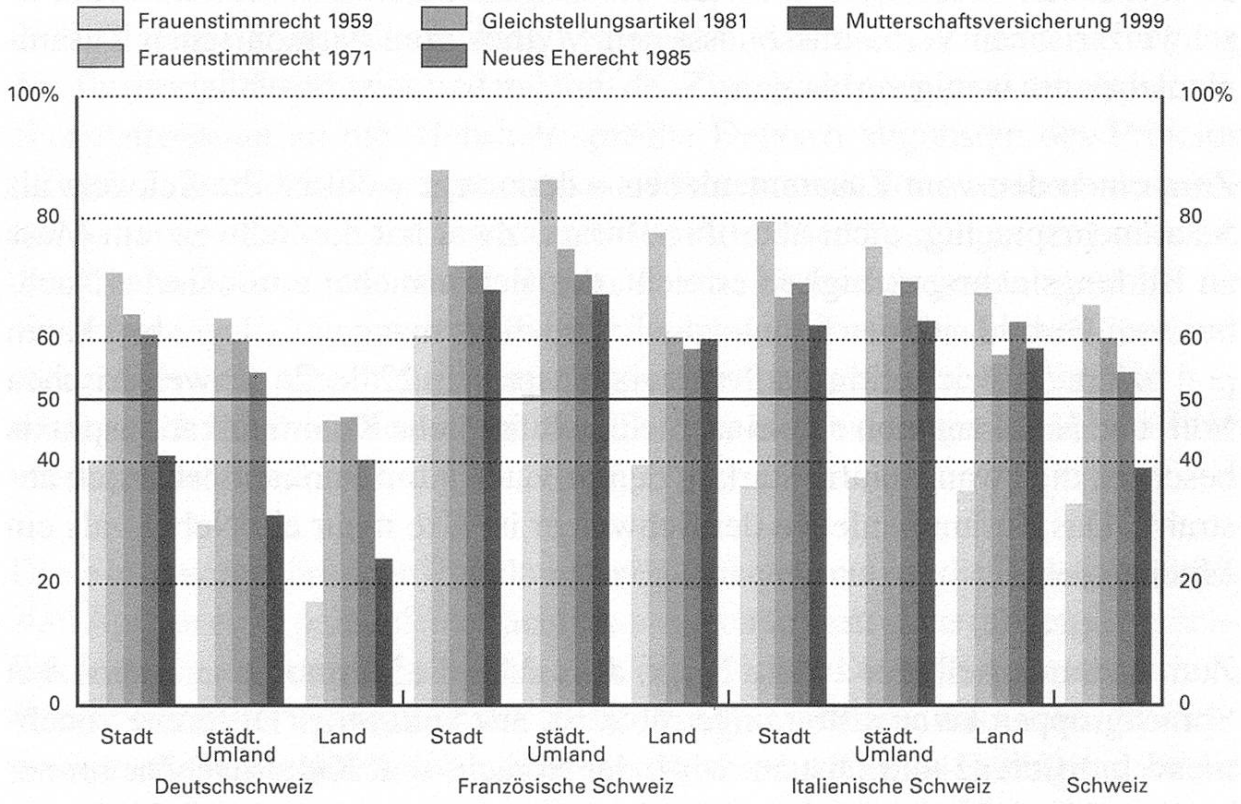
Ein Überblick über die Ergebnisse gleichstellungsrelevanter eidgenössischer Volksabstimmungen in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts fördert einen überaus deutlichen geschlechterkulturellen Graben zwischen der Deutschschweiz und der lateinischen Schweiz zu Tage (siehe Grafik 2). Sei es in Bezug auf die Gewährleistung gleicher formaler politischer Rechte (Frauenstimmrecht 1959 und 1971), das Ziel einer tatsächlichen, materiellen Gleichstellung der Geschlechter in Beruf, Ausbildung und Familie (Gleichstellungsartikel 1981, neues Eherecht 1985) oder die soziale Absicherung des Verdienstausfalls bei Mutterschaft (Mutterschaftsversicherung 1999): Stets wird im Abstimmungsverhalten der Bevölkerung in den nicht deutschsprachigen Landesteilen im Durchschnitt ein stärkerer Wille zum Abbau bestehender Geschlechterungleichheiten erkennbar.

Was wir also vor uns haben, ist ein auffälliger «Rösti-» bzw. «Polentagraben» in den geschlechterkulturellen Werten und Leitbildern. Neben diesen gewichtigen sprachregionalen Diskrepanzen tritt das ebenfalls sichtbare Stadt-Land-Gefälle der Zustimmungsraten zu gleichstellungspolitischen Vorlagen etwas in den Hintergrund.

Es wäre deshalb von grossem Interesse, den Ursachen für diese doch sehr deutlichen kulturellen Gräben in weiterführenden Untersuchungen genauer nachzugehen – d. h. Antworten auf die Frage zu finden, mit welchen wirtschaftlichen, politischen, kulturellen oder anderen Faktoren diese regionalen

Unterschiede in den geschlechterkulturellen Leitbildern in Beziehung gesetzt und erklärt werden können.

Zwischen dem Abstimmungsverhalten und der effektiven Gleichstellung der Geschlechter in den einzelnen Landesteilen ist zudem ein deutlicher Zusammenhang feststellbar. Dort, wo die Abstimmungsergebnisse insgesamt eine gleichstellungsfreundlichere Einstellung der Stimmbevölkerung zum Ausdruck bringen, ist auch die effektive Geschlechterungleichheit in Familie, Beruf, Bildung und Politik (siehe Grafik 1) insgesamt etwas geringer als in Regionen mit einer weniger gleichstellungsfreundlich eingestellten Stimmbevölkerung. Diese Resultate belegen somit auch, dass die Lebensbedingungen von Frauen und die Gleichstellung der Geschlechter sozial und kulturell variable Phänomene sind. Sie sind nichts Selbstverständliches und schon gar nicht etwas «Natürliches».



Grafik 2. Ergebnisse gleichstellungsrelevanter Volksabstimmungen; Anteil Ja-Stimmen am Total der gültigen Stimmen nach Sprachregionen und Siedlungstypen in der Schweiz. Daten: Bundesamt für Statistik, Grafik: M. Steinmann GIUZ.

SPRACHKONTAKT UND SPRACHBEWUSSTSEIN AN DER FRANZÖSISCH-DEUTSCHEN SPRACHGRENZE IN DER SCHWEIZ

Peter Cichon

Für Nichtschweizer ist die Schweiz seit jeher eine beliebte Projektionsfläche eigener idealisierter Vorstellungen friedlichen Zusammenlebens verschiedener Sprach- und Kulturgruppen auf engem Raum. Immerhin leben hier gleichberechtigt und mit gegenseitigem Respekt Mitglieder von vier Nationen auf dem Gebiet eines Staates, der die Hälfte der Fläche Österreichs ausmacht. Ethnische und religiöse Konflikte, wie wir sie im Baskenland, in Nordirland oder auf dem Balkan erleben, selbst solche, wie sie uns in Belgien oder auf Korsika begegnen, erscheinen in der Schweiz undenkbar. Und dies wohl mit Recht. Doch bereits ein zweiter, etwas genauerer Blick auf die innerschweizerischen Verhältnisse lässt den Mythos vom harmonischen Zusammenleben ein wenig verblassen.

Zum einen den vom Zusammenleben – denn sehr wohl ist die Schweiz als Staat mehrsprachig, nicht aber ihre Bürger. Zwar hat die Schweiz ein Mass an Bildungsmehrsprachigkeit erreicht, das sich mancher europäische Nachbar zum Vorbild nehmen könnte, doch wird diese mangels Gelegenheit kaum praktiziert, da gleichzeitig das Territorialitätsprinzip 22 der 26 schweizerischen Voll- und Halbkantonen eine einsprachige öffentliche Kommunikationspraxis beschert, die zwangsläufig stark in den privaten Kommunkationsbereich abstrahlt. Das Zusammenleben der Schweizer ist also mehr ein Neben- als ein Miteinander.

Zum andern erhellt der zweite Blick, dass auch die Harmonie zwischen den Sprachgruppen keine völlig ungetrübte ist, aus kultureller Differenz zunehmend Indifferenz und Distanz wird, der Sprach- und Kulturnachbar immer weniger beachtet und damit auch immer weniger verstanden wird. Auf pointierte Art kommt dies in der Bezeichnung «Röstigraben» zum Ausdruck.

Diese Beobachtungen haben mich motiviert, Anfang bis Mitte der Neunzigerjahre gewissermassen einen dritten Blick auf den Sprach- und Kulturkontakt zwischen den beiden grössten Sprachgruppen in der Schweiz, den Romands und den Deutschschweizern, zu werfen. Dabei habe ich vor allem auf die Befindlichkeit und Sprechpraxis der Romands geschaut, weil diese als die

deutlich kleinere der beiden Gruppen die sensibleren Seismologen für Erschütterungen im Verhältnis zueinander sind, während die deutschsprachige Mehrheitsbevölkerung aus einem verbreiteten frankophilen Paternalismus heraus Brüche weniger intensiv wahrnimmt oder wahrnehmen will. Untersucht habe ich den Sprachkontakt in mehreren Städten mit sukzessiv abnehmender sozialer Nähe bzw. sinkendem Grad des Angewiesenseins der Romands auf den sprachlich-sozialen Kontakt mit den Deutschschweizern, konkret in St. Gallen in der deutschen Schweiz, in Biel und Freiburg an der französisch-deutschen Sprachgrenze und schliesslich in Lausanne und Genf in der französischen Schweiz. Da der vorliegende Band den «Röstigraben» zu Thema hat, und dieser aus linguistischer Sicht eng mit der Sprachgrenze in der Schweiz verbunden ist, beschränke ich meine folgende Ergebnisskizze auf die Städte Biel und Freiburg.

Schauen wir zunächst nach Biel. Von zentraler Bedeutung für das Sprachkontaktverhalten der Romands, die hier einen Bevölkerungsanteil von knapp über 30% erreichen (laut Volkszählung von 1990 sind es 30.7%), ist die Aufhebung des Territorialitätsprinzips und mit ihm des Zwangs zu amts- und schulsprachlicher Anpassung an die Mehrheitssprache Deutsch zugunsten des Prinzips öffentlich-amtlicher Zweisprachigkeit. Dazu kommt der Umstand, dass wir uns in unmittelbarer Nähe der französisch-deutschen Sprachgrenze befinden, die urbane Präsenz der Bieler Romands eine historisch gewachsene ist, sie ein hohes Prestige geniessen (wie überhaupt dem Französischen in der deutschen Schweiz eine hohe Wertschätzung entgegengebracht wird) und es schliesslich im offiziellen städtischen Diskurs ein eindeutiges Bekenntnis zur urbanen Mehrsprachigkeit gibt.

Diese insgesamt günstigen Entfaltungsmöglichkeiten nutzen die Bieler Romands zum Aufbau einer parallelen sprachlich-sozialen Infrastruktur (mit eigensprachlich funktionierenden Schulen, Medien, öffentlichen Dienstleistungsbereichen, Körperschaften, Vereinen usw.). Dabei gilt festzuhalten, dass beide Sprachgruppen diese Möglichkeit der Abgrenzung voneinander als Bedingung für die Friedlichkeit des Nebeneinanders betrachten. Interkulturelle Einstellungen und Praxen beschränken sich im Wesentlichen auf Bereiche sozial notwendiger Interaktion, d. h. vor allem auf das öffentliche Leben und die Berufswelt. In diesen besteht auf Seiten der Romands auch die Bereitschaft, dem Deutschsprachigen Gegenüber die Entscheidung über die Wahl der Kommunikationssprache zu überlassen und sich ihm sprachlich anzupassen. Besonders in den Bereichen Familie und Freizeit hingegen zeigen sie ausgeprägte Abgrenzungstendenzen gegenüber den Deutschbielern. Ihre ideelle Entsprechung findet

diese praktische Abgrenzung in der Einstellung zur Zweisprachigkeit: Zwar wird die Bildungsmehrsprachigkeit im Allgemeinen als beruflich und sozial nützlich erachtet, in Form urbaner Zweisprachigkeit für die eigene Stadt jedoch eher als Handicap gesehen. Häufig verbindet sich diese Einstellung mit der Furcht vor einer vermeintlichen doppelten Halbsprachigkeit. Dass sich die Romands gleichwohl an die spezifischen Kommunikationsbedingungen in der Stadt anpassen, zeigt ihr Umgang mit der Diglossie im Deutschen der Schweiz: Obwohl sie das Schriftdeutsche bevorzugen, sprechen sie sich selbst in Schweizerdeutsch eine höhere Kompetenz und eine höhere Sprechpraxis zu und dokumentieren damit zugleich ihre Anpassungsbereitschaft an die Kommunikationsgewohnheiten der deutschsprachigen Mehrheitsbevölkerung. Gleichwohl gibt es auch allgemein akzeptierte Formen sprachlicher Asymmetrie im Kontakt zwischen Mitgliedern der beiden Sprachgruppen, die zugleich das hohe Mass an zweisprachiger Kompetenz unter den Stadtbewohnern dokumentieren. Diese Asymmetrie gibt es in verschiedenen Konstellationen:

- als sog. Schweizer Modell: Hierbei spricht jeder die hochsprachliche Variante seiner Muttersprache, also der Bieler Romand Französisch und der Deutschschbieler Schriftdeutsch;
- als sog. «Biel-Linguismus», bei dem die je umgangssprachliche Variante der eigenen Muttersprache verwendet wird, also auf der einen Seite weiterhin Standardfranzösisch und auf der anderen Schwyzerdütsch;
- in einer dritten Variante spricht der Romand Schriftdeutsch und der Deutschbieler Dialekt.

Kommen wir nach Freiburg. Ebenso wie Biel liegt auch Freiburg in der Übergangszone zwischen französischer und deutscher Schweiz, gleichwohl mit drei wesentlichen Unterschieden: In etwa umgekehrt proportional befindet sich hier die frankophone Bevölkerung in einer Mehrheitsposition, zum zweiten ist die Stellung der Deutschfreiburger weder sprachenrechtlich noch gesellschaftlich so komfortabel wie die der Romands in Biel, und drittens ist die soziale Kopräsenz des Deutschen zwar viel stärker noch als die des Französischen in Biel eine historisch gewachsene, jedoch sozio-ökonomisch lange Zeit negativ konnotiert (dies ist sicherlich ein Grund für die bis heute nachwirkende hohe sprachliche Anpassungsbereitschaft der deutschsprachigen Bevölkerung).

Analog zu Biel existieren auch in Freiburg zwei parallele sprachliche Infrastrukturen und in ihrer Mitte gemeinsam benutzte Kommunikationsbereiche

(vor allem im Verwaltungs-, Versorgungs- und Dienstleistungsbereich), doch herrscht in diesen weit weniger als in Biel Zweisprachigkeit, vielmehr haben hier die Romands eine weitgehende, von der deutschsprachigen Ortsbevölkerung bisher akzeptierte frankophone Monolingualität durchgesetzt. Praktizierte Zweisprachigkeit ist damit eine nur für die deutschsprachige Bevölkerung geltende Anforderung.

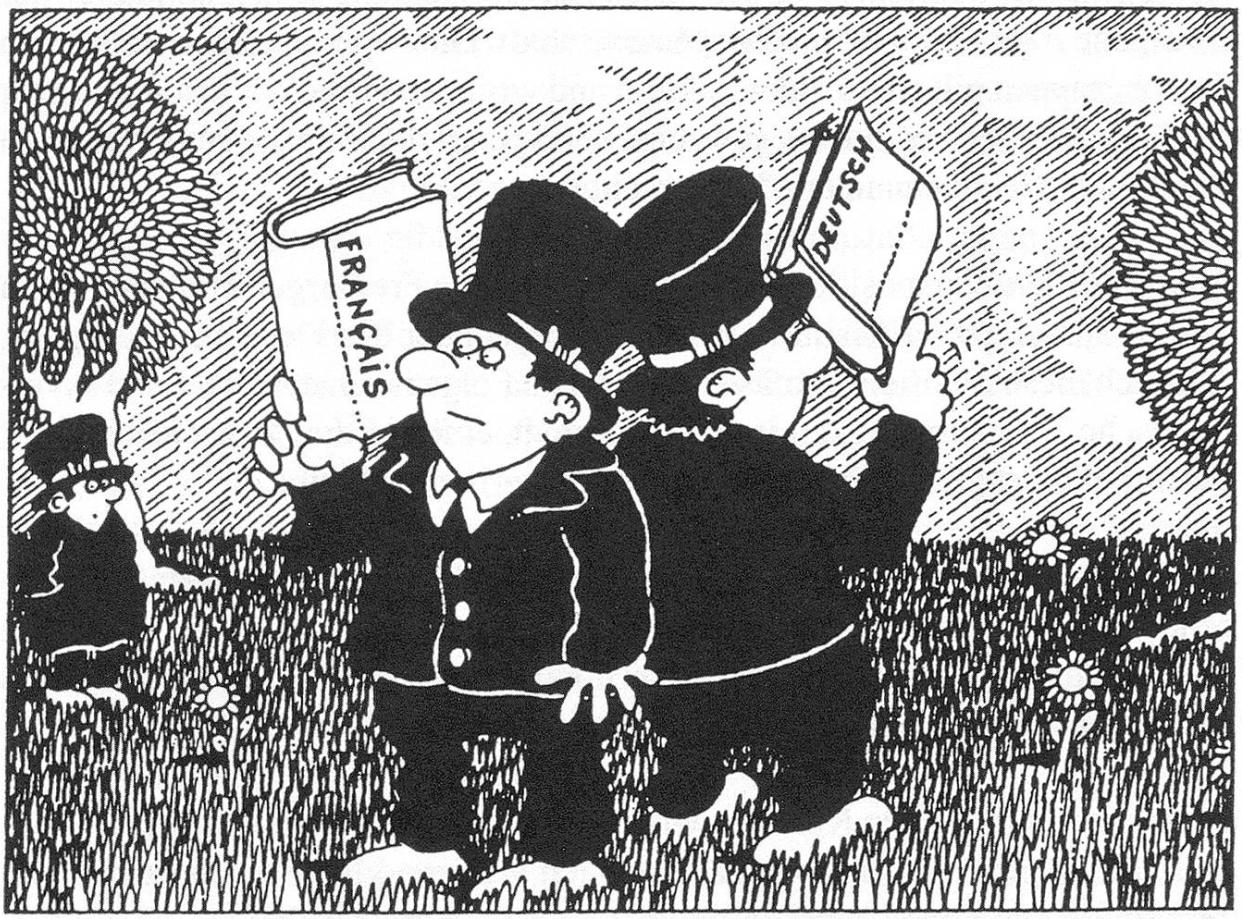
Aus dem sich in Freiburg reduzierenden sozialen Angewiesensein auf die deutschsprachige Bevölkerung resultiert eine weitgehende Abwendung von dieser und eine deutliche Konzentration von Sprach- und Kulturkontakten auf die eigene frankophone Sprechergemeinschaft. Die Segregation zwischen den Sprachgruppen gilt als soziales Faktum und wird wie in Biel als Bedingung für den Erhalt des, trotz zuletzt gewachsener Spannungen, insgesamt weiterhin friedlichen Nebeneinanders der Sprachgruppen betrachtet.

Aus ihrer Mehrheitsposition heraus entwickeln die Freiburger Romands einen starken sprachlichen Assimilationsdruck gegenüber den Deutschfreiburgern, dem sich diese traditionsgemäss beugen. Die Folge ist eine weitgehend asymmetrische Zweisprachigkeit in der Stadt, d. h. eine auf die Deutschfreiburger beschränkte, zugleich eine, die weitgehend verborgen bleibt.

Der Deutscherwerb der Freiburger Romands beschränkt sich ganz überwiegend auf die Schule, sodass die Dialektkompetenz hinter der in Schriftdeutsch zurückbleibt. Die zugleich geringe Sprechpraxis in Deutsch findet nur im Berufsbereich eine etwas stärkere Akzentuierung.

Signale interkulturellen Kulturbewusstseins finden sich unter den Romands in Freiburg kaum mehr. Sie beschränken sich auf jene kleine Gruppe, die eine unmittelbare biographische Anbindung an beide Sprachen hat.

Fazit: Der Umgang mit Mehrsprachigkeit ist in den beiden untersuchten Städten deutlich ambivalent. Zwar gilt sie, vor allem unter beruflichen Gesichtspunkten, als attraktiv, als eigene urbane Realität hingegen wird sie zumeist kritisch gesehen. Zugleich erfolgen interlinguale Kontakte weitgehend auf der Grundlage sozialer Notwendigkeit. Wo letztere nicht gegeben ist, wenden sich die Sprachgruppen voneinander ab. Damit erweist sich die Sprach- und Kulturgrenze stärker als Kommunikationshindernis denn als positiv angenommene Herausforderung und ist der «Röstigraben» sprachlich gesehen eine durchaus ernstzunehmende Realität.



Zeichnung von Pécub, in: *Pro Fribourg*, Nr. 70, 1986.

EIN «WILDER HAUFEN» IN ZÜRICH: VOLKSKUNDLICHE BETRACHTUNGEN ZU ORGANISIERTEN KULTURKONTAKTEN ZWISCHEN DEUTSCHSCHWEIZERN UND ROMANDS

Beat Grossrieder

Dieser Beitrag geht davon aus, dass der «Röstigraben» existiert. Es soll hier also als Faktum anerkannt werden, dass es irgendeine mentale Kluft zwischen Deutschschweiz und Romandie gibt – um darauf aufbauend zu prüfen, welche Anstrengungen unternommen werden, diesen Graben zu überbrücken. Denn tatsächlich sind die Bemühungen enorm, die private Einzelpersonen oder Gruppen wie auch öffentliche Institutionen ergreifen, um den «Röstigraben» zu überwinden. Gerade dieses andauernde Bemühen muss als Indiz dafür gesehen werden, dass Handlungsbedarf besteht; dass es den «Röstigraben» also tatsächlich gibt.

Dass der «Röstigraben» nicht nur ein Phantasieprodukt ist, das vor allem nach Volksabstimmungen von den Medien hochbeschwört wird, lässt sich auch aus der jahrzehntelangen Forschungsarbeit zum Thema ableiten. Beispielsweise publizierte Hermann Weilemann bereits 1925 ein Werk mit dem Titel *Die vielsprachige Schweiz. Eine Lösung zum Nationalitätenproblem.* 1964 erschien im Jahrbuch der Neuen Helvetischen Gesellschaft der Artikel *Beziehungen zwischen der alemannischen und der welschen Schweiz. Eine Bestandesaufnahme nach fünf Jahrzehnten*, der aufzeigt, dass die Thematik seit langem präsent ist. Auch aus der Sicht der Romands wird seit langem geforscht. Nur ein Beispiel: Schon 1970 stellte Aymon de Mestral in einer Veröffentlichung die dramatisch anmutende Frage *Suisse romande – Suisse alémanique: Qu'est-ce qui ne va pas?* Auch in neuerer Zeit haben sich Forscher mit dem Phänomen auseinandergesetzt; zum Beispiel erschien 1993 der Schlussbericht *Die Schweiz unterwegs* des Nationalen Forschungsprogramms 21. Darin hält Georg Kreis fest (S. 98): «Die <Graben>-Problematik gehört seit 1914 zur Grundausstattung des schweizerischen Problembewusstseins.»

Dieser knappe Einblick in die Forschungsagenda soll als Indiz dafür genügen, die Existenz des Grabens als gegeben zu betrachten. Wie aber stellt man den Graben fest, wo er doch primär aus mentalen Differenzen besteht, die oft diffus und schwierig zu fassen sind, vor allem im privaten Alltag? Ich will deshalb diesen privaten Bereich ausblenden und mich auf *organisierte Kultur-*

kontakte beschränken. Hier darf man davon ausgehen, dass solche Kontakte im Interesse der gegenseitigen Annäherung sorgfältig geplant und durchgeführt werden. Organisierten Kulturkontakten kommt also eine gewisse Vorbildfunktion auch fürs Private zu, und sie lohnen deshalb eine vertiefte Untersuchung.

Inszenierter Brückenschlag: Romands am Sechseläuten in Zürich

Ins Zentrum rücken nun gesellschaftliche Anlässe, die explizit als «Brückenschlag»-Veranstaltungen zwischen «Deutsch» und «Welsch» organisiert werden sowie jene, deren Hauptzweck zwar ein anderer ist (z. B. Folklore), die für sich aber auch eine solche Annäherung in Anspruch nehmen; etwa nationale Vereinsfeste, oder auch Grossanlässe wie die Jubiläumsfeier 1991 – oder aktuell die Expo 02. Weil solche Anlässe punkto Teilnehmer- und Zuschauerzahl, Vorbereitungsaufwand und Medien-Rezeption ausserordentlich sind, möchte ich sie als *«Brückenschlag-Events»* definieren.

Ein solches Event ist etwa das Sechseläuten in Zürich. Seit 1990 hat sich dort die Usanz eingebürgert, einen «Gastkanton» einzuladen – 1999 war die Waadt an der Reihe. Wie dieser «Brückenschlag» inszeniert und rezipiert wurde, zeigt sich etwa in den Medien-Berichten. So veröffentlichte der *Tages-Anzeiger* unter dem Titel *Die Welschen sind seit gestern da* folgende Kurzmeldung:

«Es ist unübersehbar, dass der Platz der Kantone dieses Jahr den Waadtländern gehört: Der Gastkanton am Sechseläuten hat den ganzen Lindenhof grün beflaggt. In den geheizten Zelten geht es farbig und fröhlich zu und her. In einem riesigen Topf blubbert eine ‹Soupe de légume›, ein welscher Bäckermeister hält süsse ‹Bouchons vaudois› feil. Das sei das Pendant zu den Basler Lekkerli, nur viel besser. An anderen Ständen warten dicke Saucissons oder Weissweine auf ihre Degustation. Mit den Romands auf dem Lindenhof essen, trinken und Französisch reden können Zürcher noch bis zum Montagabend.»

Hier wird ein ganz bestimmtes Bild von der Romandie gezeichnet: Vor allem historisch vertraute, folkloristische Symbole – Fahnen, Trachten, Nahrungsmittel, Wein – kommen zum Einsatz, die zudem in eine vertraute geistige Kulturordnung eingebettet werden. Die Romands sind dargestellt als «besonderes Völklein»; fröhlich, gesellig, genussorientiert. Die Berichterstattung über den

Hauptanlass bestätigt dieses Bild. Im *Tages-Anzeiger* erschien unter der Überschrift *So feiert die Waadt den «bonhomme d'hiver»* folgende Reportage:

«Die Gäste aus dem Kanton Waadt sorgten mit spontanen Einlagen für lockere Stimmung. Rund 500 Gäste nahmen an einem eigenen Umzug teil. Dieser startete mit 15 Minuten Vorsprung zu den Zürcher Zünften. Mit 600 Meter Länge war der Zug der Waadtländer so gross, dass ihn die Organisatoren nicht dem regulären Zug voran stellen wollten. Zudem pflegen die Waadtländer auch ein gemächlicheres Schritttempo, was in einem gemeinsamen Umzug womöglich zu Problemen geführt hätte. Zur Waadtländer Formation gehörten nebst den ‹milices vaudoises› mit Musketieren, Kavalleristen und Artilleristen in historischen Militäruniformen rund 350 Teilnehmer des traditionellen Winzerfestes. Das langsamere Schritttempo reizte die Waadtländer während des Umzugs immer wieder zu Spontanaktionen. Mitten im Hagelschauer wurden Zuschauer am Rande zu einem Tänzchen auf die Strasse gebeten, und Weisswein machte die Runde. Zudem mischten sich die Waadtländer singend unter die Zünfte und Musikformationen und lockerten so das Prozedere auf. Die Zuschauer reagierten mit Gelächter und Szenenapplaus. ‹Es war ein kleines Chaos, aber im positiven Sinn›, bilanzierte Albert Werz, Sechseläuten-Pressesprecher. Werz zeigte sich erfreut über den Auftritt des ‹wilden Haufens› aus der Waadt. [...]»

Dieser Bericht zeigt zusätzliche Elemente der Kulturgruppendarstellung und -wahrnehmung: Die Identität der eigenen Gruppe wird über Symbole (Kostüme, Lieder, Musik, Weisswein) und symbolhaftes Verhalten (langsames Schritttempo, spontanes Tanzen usw.) überhöht dargestellt. Es kann ein starker Trend zur Selbstdarstellung festgestellt werden, der bekannte Klischees repetiert: Die Romands erscheinen als leger, lebensfreudig, dem Weisswein zugeneigt. Dies lässt auch Rückschlüsse auf die Kultur der Gastgeber zu: Die Zürcher erscheinen als schneller im Tempo, disziplinierter – aber auch als farbloser, unspontaner.

Gratwanderung zwischen Annäherung und Abgrenzung

Wo man mit der Intention der Begegnung bewusst Romands in die Deutschschweiz holt und umgekehrt, lohnt sich ein vertiefter Blick auf die Strukturen solcher inszenierter Annäherung. Interessante Einsichten hierzu bietet das Buch *Kleiner Grenzverkehr – Deutsch-französische Kulturanalysen* von Utz

Jeggle und Freddy Raphael (weiter auch Schriften von Hermann Bausinger und, wie erwähnt, von Georg Kreis).

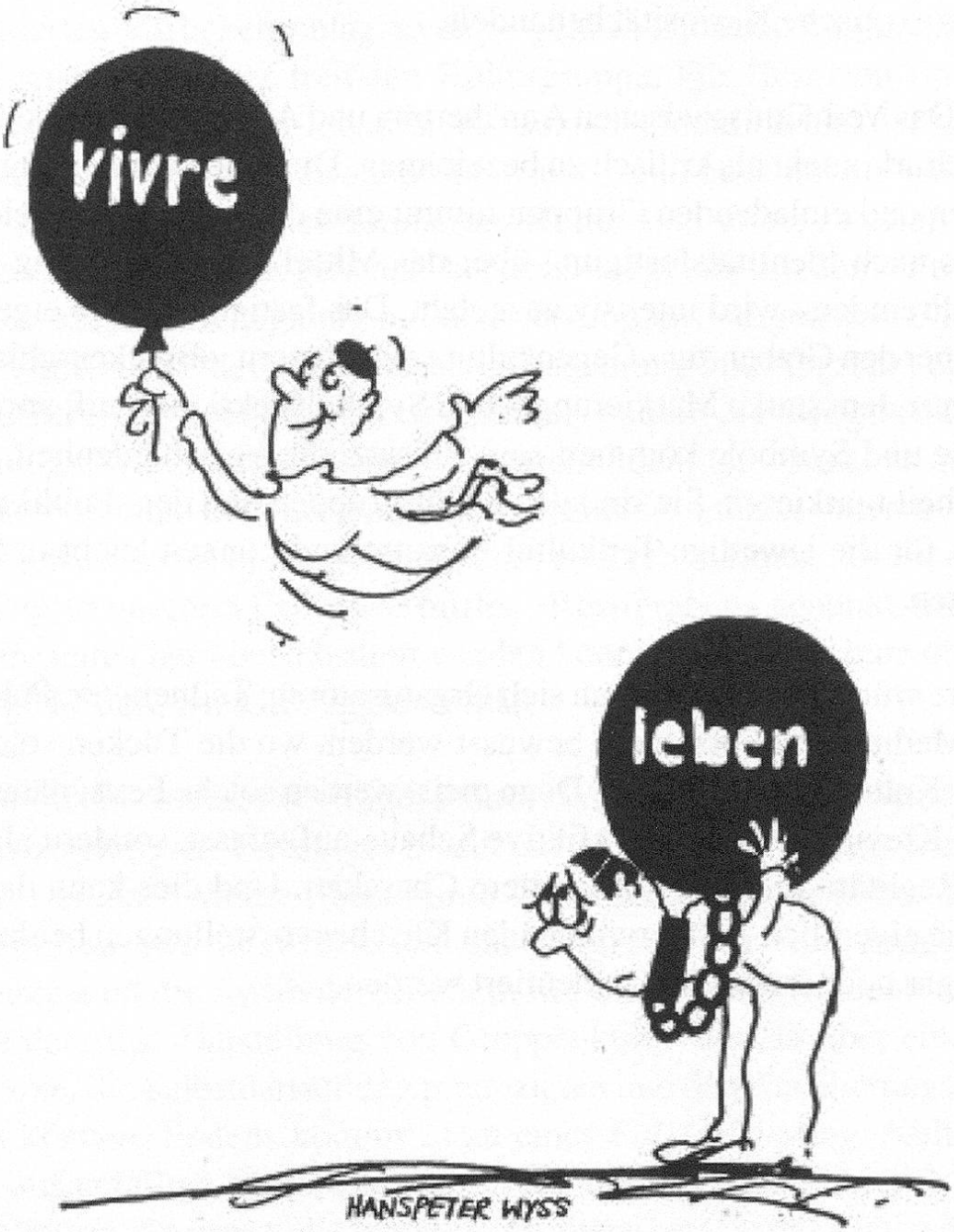
Bei inszenierten «Brückenschlag-Events» geht es zunächst um *Identität,* um die der eigenen sowie der fremden Kulturgruppe. Für Hermann Bausinger besteht Identität aus der Ich-Identität, der sozialen Identität und der kulturellen Identität. Letztere ist an dieser Stelle wichtig und bedeutet die «Möglichkeit, über die Erfahrung einer definierten Kultur sich selbst zu erfahren und sich zuhause zu fühlen». Es geht also bei der Begegnung mit dem «Fremden» immer auch um eine Begegnung mit dem (bedrohten) «Eigenen». Daraus resultiert ein diffiziles Dilemma zwischen Annäherung und Abgrenzung. Denn in der kulturellen Identität steckt immer «auch die Möglichkeit der Ausgrenzung», wie Bausinger sagt: «Kulturelle Identität – das kann auch den Abstand betonen und die vermeintliche Unveränderlichkeit unterstreichen.» Das Eigene wird somit in Abgrenzung zum anderen definiert. Diese mentale Abgrenzung, in unserem Fall etwas hilflos «Röstigraben» genannt, muss aber von beiden Seiten her überschritten werden können, muss «Schutz ohne Abschirmung» leisten, wie Utz Jeggle festhält.

Hinzu kommt ein weiterer wichtiger Faktor: Wie steht es um die *Symbole,* die zum Einsatz gelangen? Bausinger macht auf «Signale des Andersseins» aufmerksam: Demnach werden bestimmte Elemente der Volkskultur bewusst hervorgehoben und ausdrücklich zur Abgrenzung verwendet. Beim Sechseläuten sind die Symbole vor allem in Folklore und Brauchtum zu suchen. Die derartige Darstellung von Gruppenkultur enthält aber eine Reihe von *Gefahren*, die Selbstdarstellung produzieren und den Annäherungsprozess fehlleiten können. Erstens kommt es zu einer *Folklorisierung*: Kultur wird reduziert auf gefällige äussere Muster; Trachten und Tänze, Lieder und Instrumentalmusik, Speisen und Getränke. Zweitens besteht das Risiko der *Harmonisierung*: Indem man der «fremden» Kultur bei folkloristisch geprägten Manifestationen begegnet, die in aller Regel positiv gepolt sind, werden kulturelle Reibungsflächen ausgeblendet, wird ein «kulturelles Sonntagskostüm» (Bausinger) präsentiert. Die dritte Gefahr besteht in der *Nostalgisierung*. Gezeigt werden in der Regel nicht aktuelle Kulturäusserungen, sondern historische. Bausinger misst aber der «reaktiven Dynamik», der ständigen Aktualisierung von Kultur, grosse Bedeutung zu, weil «Kultur auf Veränderung mit Veränderung reagieren soll». Wo eher statische Kulturvorstellungen gepflegt werden, besteht viertens die Tendenz zur *Pauschalisierung*: Man sieht das Wirken einiger weniger Akteure und zieht daraus den Schluss, das Gesehene sei für die ganze Gruppe repräsentativ. Dies führt zu problematischen Verall-

gemeinerungen, die in hartnäckig sich haltenden Klischeevorstellungen sichtbar werden. Fünftens kann es zu einer *Exotisierung* kommen. Das «Fremde» wird – folkloristisch aufbereitet – tatsächlich als «sehr fremd» dargestellt und als exotische Kuriosität behandelt.

Fazit: Das Verhältnis zwischen Annäherung und Abgrenzung ist beim skizzierten Kulturkontakt als kritisch zu bezeichnen. Die Selbstdarstellung der eingeladenen und einladenden Gruppen nimmt eine dominante Rolle ein. Das Bedürfnis nach Identitätsfestigung über das Mittel der Abgrenzung gegenüber dem «Fremden» wird intensiv ausgelebt. Das festigt zwar die eigene Kultur, kann aber den Graben zur «Gegenkultur» vergrössern. «Brückenschlag-Events» weisen zudem starke Markierungs- und Symbolfunktionen auf; vor allem jene Signale und Symbole kommen zum Einsatz, die Verschiedenheit, sogar Ungleichheit markieren. Sie sind den Kulturgruppen und dem Publikum als «typisch» für die jeweilige Teilkultur bekannt und können leicht in Stereotype abgleiten.

Es wäre wünschenswert, wenn sich Organisatoren, Teilnehmer, Publikum wie auch Medien und Forschung bewusst werden, wo die Tücken solcher inszenierter Kulturkontakte liegen. Denn meist werden solche Festivitäten, so warnt Georg Kreis, eben nicht als «fiktive Schau» aufgefasst, sondern als «modellhafte Realität» mit quasi offiziellem Charakter. Und dies kann dazu führen, dass die eigentlich zu überwindenden Klischeevorstellungen beiderseits vielleicht gar noch zusätzlich zementiert werden.



Zeichnung von Hanspeter Wyss, Quelle unbekannt.

DEUTSCH UND WELSCH IM RAUM DER WELTANSCHAUUNGEN

Michael Hermann, Heiri Leuthold

Selten wird uns die kulturelle Vielfalt unseres Landes so stark ins Bewusstsein gerufen wie nach einem Abstimmungswochenende, wenn einmal mehr offenbar wird, dass politische und gesellschaftliche Fragen in den verschiedenen Landesteilen sehr unterschiedlich bewertet werden. Das Hauptaugenmerk der Analysten gilt dabei vor allem den Differenzen zwischen französischer und deutscher Schweiz, dem sogenannten «Röstigraben». Doch nicht nur zwischen den Sprachregionen gibt es einen Graben. Häufig heben sich auf Abstimmungskarten auch ländliche und städtische Regionen oder – inzwischen etwas seltener – katholisch und protestantisch dominierte Gebiete ab. In den 1990er Jahren hat sich der politische Graben zwischen Deutsch und Welsch akzentuiert. Nachdem er jahrzehntelang nur sporadisch aufgebrochen war, ist er wieder zu einem bestimmenden Faktor der eidgenössischen Innen- und Regionalpolitik geworden. In diesem Beitrag zeigen wir auf, bei welchen Themen die sprachregionale Teilung wirksam wird, welche anderen politischen Gräben dadurch überprägt werden und wie sich der «Röstigraben» über die letzten 20 Jahre verändert hat.

Drei grundlegende weltanschauliche Konfliktfelder

Ein statistischer Vergleich der Resultate aller eidgenössischen Volksabstimmungen zwischen 1981 und 2000 zeigt, dass die politischen Auseinandersetzungen in der Schweiz im Wesentlichen auf drei weltanschaulich und thematisch unterschiedlichen Konfliktfeldern ausgetragen werden[1]. Nach wie vor eine wichtige Rolle spielt der klassische Links-Rechts-Konflikt, der in wirtschafts-, sozial- und sicherheitspolitischen Fragen immer wieder aufbricht. Die Koppelung dieser Themenbereiche ist systematisch. In Gemeinden, die bei Vorlagen zum Ausbau des Sozialstaates, des Mieter- und des Arbeitnehmerschutzes eine hohe Zustimmung ausweisen, stossen die Armee und Verschärfungen des Strafrechts auf höhere Ablehnung als anderswo. Die zweite Konfliktlinie verläuft zwischen einer *liberalen*, weltoffen-reformorientierten und einer *konservativen*, weltverschlossen-bewahrenden Werthaltung. Sie betrifft die Debatte über die Integration des Landes in Europa und in supranationalen Organisationen, die Ausländer-, Einbürgerungs- und Migrationspolitik,

sowie die Reformen des Staates und seiner Institutionen. Das dritte Konfliktfeld schliesslich ist die Umweltpolitik im weiteren Sinne. Es umfasst nebst Anliegen zum Landschafts- und Naturschutz auch energie- und verkehrspolitische Fragen, Gentechnologie sowie Bereiche der Landwirtschafts- und der Gesundheitspolitik. Eine ganzheitliche *ökologische* Haltung steht bei all diesen Themen einer dualistischen *technokratischen* Haltung gegenüber.

Divergenzen und Gemeinsamkeiten der Sprachregionen

Betrachtet man die regionalen Unterschiede bezüglich der drei Konfliktfelder, so treten zwei Gräben besonders markant hervor: Die sprachregionale Teilung einerseits und das Gefälle von Zentrum und Peripherie andererseits.

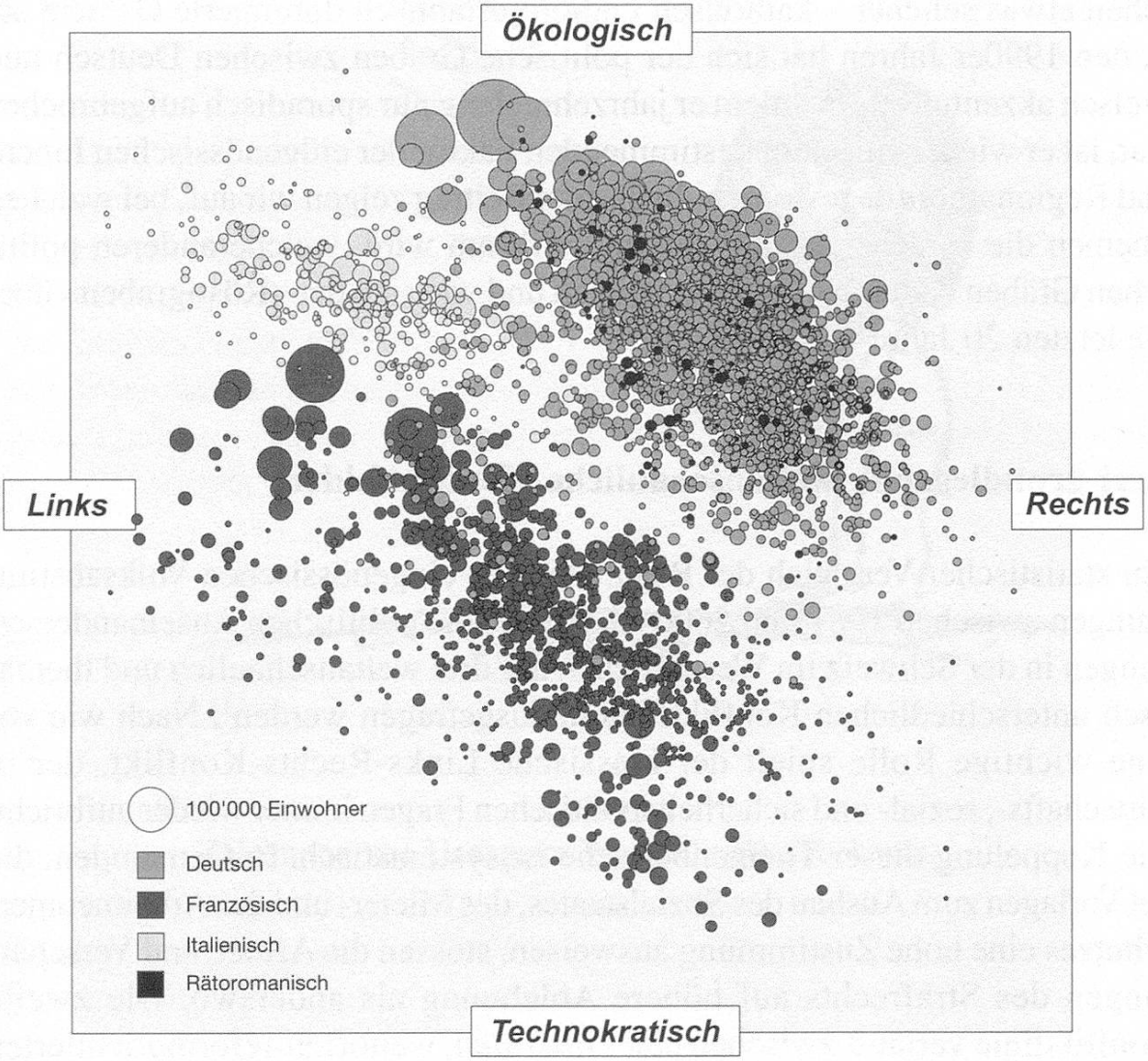


Abb. 1. Die 3000 Schweizer Gemeinden nach Sprachen im Raum der Weltanschauungen.

Generell stimmen die Suisse Romande und das Tessin linker als die Deutschschweiz. Das heisst, die lateinische Schweiz ist insgesamt armeekritischer und gegenüber staatlichen Interventionen in die Wirschaft positiver eingestellt als der deutschsprachige Landesteil. Die vierte Sprachgruppe, die Rätoromanen, treten in keinem der drei Konfliktfelder als ideologisch geschlossene Gruppe auf und heben sich weltanschaulich nicht von den Deutschbündnern ab.

Noch deutlicher bildet sich der «Röstigraben» bei ökologischen Themen ab. In der Suisse Romande haben Vorlagen zur Begrenzung oder fiskalischen Mehrbelastung des motorisierten Strassenverkehrs keine Chance und auch tier-, natur- und landschaftschützerische Anliegen finden dort eine geringere Zustimmung als in der restlichen Schweiz. In jüngster Zeit kam diese geringere Sensibilisierung der Romands in ökologischen Fragen am deutlichsten bei der Abstimmung über die Gen-Schutz-Initiative zum Ausdruck.

Neben den systematischen Differenzen spiegeln sich auch im Abstimmungsverhalten systematische Gemeinsamkeiten der Sprachregionen. Beiderseits der Saane kommt das Gefälle zwischen dynamischen, wirtschaftlich starken Regionen im Einzugsbereich der Grossststädte und den abgelegeneren ländlichen Regionen bei den liberalen Themen zum Vorschein. Bei typisch linksliberalen Anliegen wie etwa der Gleichstellung der Geschlechter oder der Liberalisierung von Schwangerschaftsabbruch und Sexualstrafrecht führen die Kernstädte die Rangliste der Ja-Stimmen-Anteile an und in den rechtskonservativen agrarisch geprägten Regionen werden die höchsten Nein-Stimmen-Anteile ausgezählt. Dagegen stimmen bei rechtsliberalen Anliegen – es handelt sich hierbei meist um Finanzreformen (z. B. Mehrwertsteuer) oder Deregulierung der Wirtschaft – die reichen und steuergünstigen Agglomerationsgemeinden am höchsten zu und die Gemeinden der agrar-industriellen Peripherie am stärksten dagegen.

In der Öffnungsthematik wird in der Regel der Stadt-Land-Graben wirksam, wie sich einmal mehr bei der jüngsten Uno-Abstimmung herausstellte. In den neunziger Jahren wurde der Stadt-Land-Gegensatz in Öffnungsfragen jedoch häufig durch den Sprachgraben überlagert. Die Romandie stimmte insgesamt europafreundlicher als die Deutschschweiz, was sich beim Beitritt zum EWR und bei der Abstimmung über die Bilateralen Abkommen mit der EU zeigte. Aber auch bei diesen genannten Abstimmungen korrelierte der Ja-Stimmen-Anteil in beiden Landesteilen mit dem Zentralitätsgrad der Regionen.

«Röstigraben» im Wandel

In den letzten zwanzig Jahren hat sich der weltanschauliche Graben zwischen Deutsch- und Welschschweiz in dreifacher Hinsicht verändert (vgl. Abb. 2a und 2b): Er wurde grösser, er hat sich qualitativ verändert und es ist eine Homogenisierung des Abstimmungsverhaltens innerhalb der Sprachregionen festzustellen. Letztere betrifft die Suisse Romande stärker als die Deutschschweiz, wo vor allem der Gegensatz zwischen den linksliberalen städtischen Zentren und der rechtskonservativen Peripherie viel stärker ausgeprägt ist.

Die qualitative Veränderung setzte zu Beginn der neunziger Jahre ein. In den achtziger Jahren entzweiten vor allem ökologische Vorlagen in den Bereichen Energie, Verkehr und Landschaftsschutz die beiden Landesteile. Nach dem Ende des kalten Krieges erhielt auch der Rechts-Links-Konflikt eine sprachregionale Komponente. Vor allem in der Sozial- und Wirtschaftspolitik tat sich neu ein «Röstigraben» auf (z. B. neues Arbeitsgesetz, Mutterschaftsversicherung, Arbeitslosenversicherung). Der Linksrutsch der Romandie betraf weniger den Jurabogen oder Genf, denn diese Regionen stimmten schon seit längerem ausgesprochen links, sondern ist vor allem auf einen Gesinnungswandel in den rechtskonservativen, bäuerlichen Gegenden im Welschland zurückzuführen wie etwa dem Unterwallis, dem Chablais, dem Cros de Vaud oder dem Vallé de la Broye. In all diesen Regionen wurden noch in den achtziger Jahren linke Anliegen wie die Herabsetzung des AHV-Alters, die 40-Stunden-Woche oder das Rüstungsreferendum mit grosser Zuverlässigkeit wuchtig verworfen. In den neunziger Jahren dagegen stimmten dieselben Regionen ähnlich links wie die Städte Basel und Zürich, welche die linksten Abstimmungsprofile in der Deutschschweiz aufweisen.

Erklärungsansätze

Der Linksrutsch der Suisse Romande und die Homogenisierung innerhalb der Sprachregionen lassen sich aus dem ökonomischen und gesellschaftlichen Strukturwandel der letzten zwanzig Jahre erklären. Die Rezession der frühen neunziger Jahre betraf die Sprachregionen in sehr unterschiedlichem Ausmass, was sich auf die Arbeitslosigkeit auswirkte. Die Suisse Romande und der Tessin hatten 1995 doppelt so hohe Arbeitslosenraten wie die Deutschschweiz. Im Zuge des Stellenabbaus wurde die wirtschaftliche Dominanz der Deutschschweiz offensichtlich, von wo aus viele Arbeitsplätze in der Südschweiz und

der Romandie kontrolliert und eben auch abgebaut wurden. Zur Erfahrung der wirtschaftlichen Dominiertheit, kam für die Romandie die Erfahrung der politischen Dominanz der Deutschschweiz hinzu. In der wichtigen Abstimmung von 1992 über den Beitritt zum Europäischen Wirtschaftsraum (EWR) tat sich der «Röstigraben» auf wie noch nie in der Nachkriegszeit. Das überzeugte Ja (72%) in den sechs Kantonen der Romandie wurde durch die Deutschschweizer Mehrheit (44% Ja) überstimmt. Die Erfahrung dieser doppelten Dominiertheit und der grosse Anklang, den gleichzeitig die neoliberalen Ideen in Zürich und in der Ostschweiz fanden, führte zur beobachteten Ausweitung des Sprachgrabens auf die sicherheits-, sozial- und wirtschaftspolitischen Themen.

Die Homogenisierung des Stimmverhaltens innerhalb der Sprachregionen hängt damit zusammen, dass in vielen Belangen die Sprachregion als Bezugsrahmen für die politische Orientierung an die Stelle des Kantons getreten ist. Einen wesentlichen Anteil an der Ausbildung von sprachregional geschlossenen Diskursen haben die Veränderungen in der Medienlandschaft. Konzentrationsprozesse liessen in beiden Landesteilen viele regionale Zeitungen verschwinden. Fernsehanstalten, deren Bedeutung ganz allgemein, besonders aber für politische Meinungsbildung zugenommen hat, gibt es nur eine pro Landesteil und diese richten ihre Sendungen auf die gesamte Sprachregion aus. Zum Abbau der regionalen Unterschiede führten aber auch die Vergrösserung der individuellen und institutionellen Aktionskreise und der Bedeutungsverlust der konfessionellen Grenzen, die quer zu den Sprachgrenzen verlaufen. Dies hatte zur Folge, dass Unterschiede zwischen den Kantonen in den Hintergrund gerückt sind, was sich in der verstärkten überkantonalen Zusammenarbeit wie etwa im Bildungswesen oder in den konkreten Fusionsplänen der beiden Kantone Genf und Waadt manifestiert. Beides wäre vor zwanzig Jahren noch undenkbar gewesen.

Ausblick: Entspannung oder Verschärfung?

Die Frage ob es sich bei den beobachteten Veränderungen nur um eine kurzfristige Erscheinung oder um den Beginn einer dauerhaften Entfremdung zwischen Deutsch und Welsch in der Schweiz handelt, kann nicht eindeutig beantwortet werden. Gegenwärtig lassen sich sowohl Verschärfungs-, als auch Entspannungstendenzen erkennen.

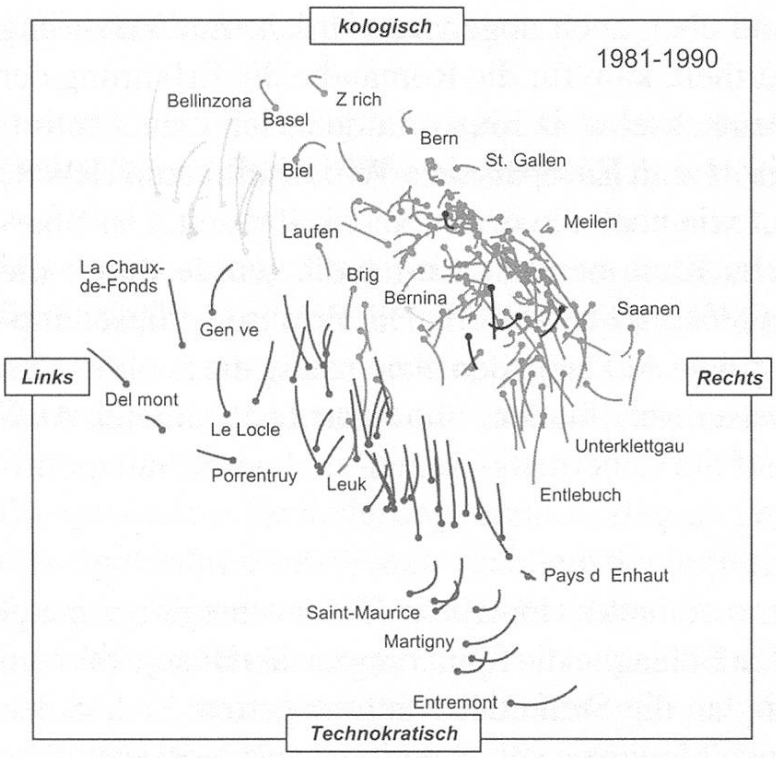


Abb. 2a. Entwicklung der weltanschaulichen Gräben in den achtziger Jahren nach Bezirken und Sprachregionen.

Verschärfend wirken die in beiden Landesteilen anhaltende Medienkonzentration und die verstärkte Mediatisierung der Politik sowie der fortschreitende Bedeutungsverlust von kantonalen und konfessionellen Unterschieden. Eine weitere Verschärfung bewirkt die verstärkte Hinwendung der Sprachregionen zu den grossen Nachbarländern. Grenzübergreifende Kooperation im Regionalverkehr und die Rekrutierung von Arbeitskräften aus Deutschland oder Frankreich führen am Genfersee gleichermassen zu einer stärkeren Verflechtung mit dem Nachbarland, wie auch in Basel, in Zürich und in der Ostschweiz. Dies verändert die Wahrnehmung und den Stellenwert der nationalen Angelegenheiten nachhaltig.

Für eine Entspannung sprechen andere Indizien. Die ökonomische Situation hat sich gegenüber den neunziger Jahren in der ganzen Schweiz verbessert und die Ungleichheit zwischen Deutsch- und Westschweiz hat sich ausgeglichen. Auch in der Europapolitik ist mit dem Abschluss der Bilateralen Abkommen eine Entspannung eingetreten. Nicht zuletzt ist der Vormarsch der SVP in der Suisse Romande bei den jüngsten Wahlen in Genf, Freiburg und der Waadt ein Zeichen für die Normalisierung der Beziehungen zwischen den Sprachregionen. Indem die SVP auch die rechtskonservativen Kräfte in der Westschweiz bündelt, etabliert sie sich als nationale Partei. Dadurch wird eine Ethnisierung des Parteiensystems, wie sie beispielsweise aus Belgien bekannt ist, in der Schweiz verhindert und die politische Auseinandersetzung wird wieder vermehrt auf die ideologische Ebene verlagert.

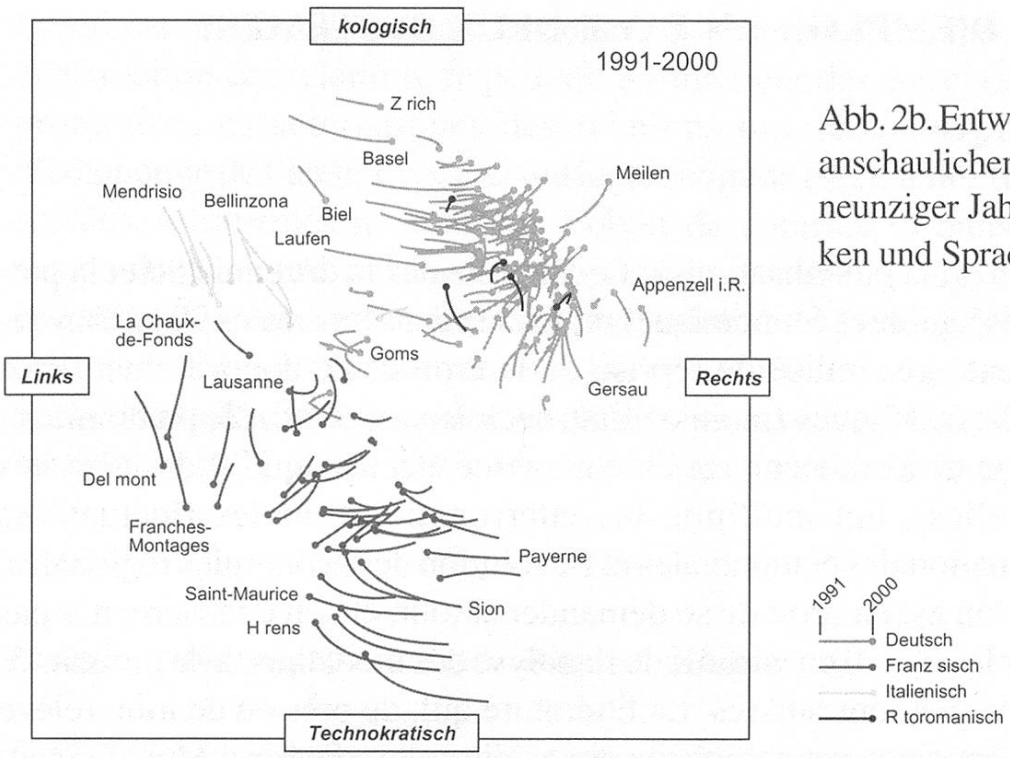


Abb. 2b. Entwicklung der weltanschaulichen Gräben in den neunziger Jahren nach Bezirken und Sprachregionen.

Schlussbemerkung

In Abstimmungsanalysen erhält der «Röstigraben» eine besondere Beachtung und manche sagen er werde überbewertet. Das Argument ist nicht vollständig von der Hand zu weisen. Seine Allgegenwärtigkeit in der eidgenössischen Innenpolitik erhält der Sprachgraben nicht nur, weil er staatspolitisch von herausragender Bedeutung oder politisch besonders virulent ist, sondern auch wegen der simplen Tatsache, dass die Sprachregionen grosse zusammenhängende Gebiete sind und sich auf Karten eindrücklich abbilden. Dass die Kantone, Bezirke und Gemeinden, die als Zählkreise für die Volksabstimmungen dienen, meist nach Sprachen geordnet sind, verstärkt diese Tendenz zusätzlich. Die einseitige Fokussierung auf den «Röstigraben» versperrt zuweilen den Blick auf andere weltanschauliche Gegensätze wie etwa zwischen Zentren und Peripherie, zwischen Modernisierungsgewinnern und -verlierern oder zwischen Unterschicht und Oberschicht, die auch in der Schweiz vorhanden und zum Teil sehr stark ausgeprägt sind.

---

1 Das Modell der Weltanschauungen und seine Herleitung aus den eidgenössischen Volksabstimmungen ist ausführlich beschrieben in: Hermann, Michael; Leuthold, Heinrich, *Weltanschauung und ihre soziale Basis im Spiegel eidgenössischer Volksabstimmungen*, in: *Schweiz. Zeitschrift für politische Wissenschaften*, 2001, Bd. 7 (4), S. 39–63.

RELATION D'EMPLOI: UN PAYS, DEUX SYSTÈMES?

Christophe Mager

L'accentuation de la globalisation de l'économie dès la décennie 80 et la persistance des déséquilibres économiques régionaux dans les années 90 en Europe, dans un contexte généralisé de reprise de la croissance due à l'émergence d'une «nouvelle économie» (moins d'Etat, décloisonnement, rôle prédominant des marchés financiers, décollage du commerce électronique et des activités informationnelles), ont multiplié les interrogations sur les fluctuations économiques nationales et mondiales et l'évolution des économies régionales, au point que l'on est en droit de se demander si tout, et son contraire, n'a pas déjà été dit sur le sujet. Il en va ainsi de l'analyse des modalités de la croissance économique des cantons suisses. La littérature qui, de près ou de loin, relève de cette problématique est abondante et parfois contradictoire. Même si tout n'est pas dit, qui souhaite être original est confronté à un double problème: celui du poids de ses pères en science – pas toujours faciles à tuer… – et celui du peu d'informations relevant de la statistique économique cantonale. Essentiellement nationaux, les comptes macroéconomiques ne se laissent pas ventiler sans résistance au niveau cantonal. Certes, les cantons ne sont pas des régions économiques systématiquement cohérentes et pertinentes, mais parce que leurs frontières constituent dans l'imaginaire des gens des ruptures presqu'aussi importantes – sinon plus – que celles qui nous séparent des pays voisins, il y a une certaine légitimité à tenter de comprendre ce qui fait que leurs évolutions économiques ne se font pas au même rythme et avec les mêmes perspectives.

Nous répondrons ici *très* partiellement à cette interrogation, en nous référant à l'une des thèses en présence en économie régionale selon laquelle, au-delà du poids de l'histoire, du prix relatif des facteurs de production ou encore du coût de transport, un élément essentiel de la «durabilité économique» des unités spatiales est leur offre potentielle de *ressources* dites *spécifiques* ou *institutionnelles*, non susceptibles d'être mises en concurrence directement sur un marché. De ce fait, comprendre les économies cantonales nécessiterait que l'on aille au-delà des analyses habituelles attribuant aux systèmes productifs (activités économiques, degré de spécialisation…) et aux systèmes spatiaux (infrastructures, relief…), l'essentiel de la responsabilité de l'évolution économique régionale différenciée.

Parmi ces ressources institutionnelles, la *relation d'emploi*, c'est-à-dire la construction des relations de pouvoir à l'intérieur des entreprises (critères de promotion, caractéristiques des relations ouvriers/contremaîtres, degré d'autonomie de l'atelier...), est considérée comme essentielle. Tous les rapports sociaux intrafirmes ne font pas l'objet de contrats formels, et beaucoup s'accordent aujourd'hui à reconnaître le rôle croissant de la qualité des «interopérations» et des interfaces dans la durabilité de l'entreprise et partant, de celle de la région où elle est établie. Qu'en est-il de cette relation d'emploi en Suisse? Est-elle différente selon les régions linguistiques? Une recherche menée en 1998 et 1999 y a en partie répondu. Nous en rendons compte brièvement ici[1].

Imaginer les ruptures entre Rhin et Rhône

Comprenant la relation d'emploi comme étroitement – mais pas seulement – liée aux qualifications localement disponibles et compte tenu de la distribution hétérogène de ces dernières en Suisse, nous supposions que des différences significatives émergeraient, notamment entre les régions suisses romandes et suisses alémaniques. Il est en effet bien connu que la Suisse romande dispose d'une population moins bien formée professionnellement que la Suisse alémanique. La filière éducative privilégiée en Suisse romande est de type général (école secondaire – gymnase – Haute Ecole) et les personnes n'étant au bénéfice que d'une scolarité obligatoire y sont relativement nombreuses.

Il s'agissait ensuite de considérer les différences que nous espérions constater comme des expressions d'écarts par rapport à une norme générale, celle de la relation d'emploi désormais considérée comme la plus adaptée au contexte économique actuel, dite de «valorisation des ressources humaines» et dont les caractéristiques essentielles sont les suivantes:

- La qualification professionnelle est le critère de sélection principal à l'engagement et à la promotion dans l'entreprise pour accompagner l'intellectualisation de la production, au détriment de l'âge et de l'ancienneté;

- L'accès à la formation continue est facilité pour transformer les compétences et les savoirs, mais aussi pour faire évoluer la mobilité, tant horizontale que verticale dans l'entreprise;

- L'horizontalité des relations d'emploi domine les rapports entre l'encadrement supérieur, les cadres intermédiaires et les ouvriers/employés (déhiérarchisation);
- L'attachement du personnel non qualifié à l'entreprise est faible, autrement dit son taux de rotation est important.

Quant au lien entre la relation d'emploi et la durabilité économique régionale, l'idée était que cette dernière serait d'autant plus forte que la région serait dotée d'entreprises où la «valorisation des ressources humaines» était pratiquée.

L'étude de la relation d'emploi nécessitant d'être appréhendée dans l'entreprise, nous avions adressé fin 1998 un questionnaire à l'ensemble des entreprises de plus de 100 personnes localisées en Suisse afin de déterminer les formes que la relation d'emploi prenait en leur sein. En six mois, environ un cinquième des entreprises y ont répondu d'une manière autorisant un traitement statistique.

Révéler les liens

Quand bien même beaucoup d'indicateurs, que notre questionnaire avait permis de construire, se sont révélés être non significatifs, il s'est avéré que toutes les composantes de la relation d'emploi de «valorisation des ressources humaines», telle que nous l'avons définie, font système: l'importance du diplôme à l'engagement et/ou en cours d'emploi en tant que critère de promotion; l'horizontalité des rapports entre les encadrements supérieurs et moyens et le personnel d'exécution; le taux de rotation élevé du personnel sans diplôme. Cette relation d'emploi de «valorisation des ressources humaines» est cependant d'autant moins présente dans les entreprises que leur niveau de capital humain est faible.

En d'autres termes, plus les établissements présentent un fort niveau de qualification du personnel, moins l'accès à un poste d'encadrement est lié à l'ancienneté, le critère principal de promotion étant alors le diplôme acquis. Quant aux rapports intergroupes, l'analyse montre que ces derniers sont d'autant moins coopératifs entre cadres et employés que le niveau de qualification dans l'entreprise est bas. L'on observe en effet que plus les entreprises disposent d'un niveau de formation du personnel élevé, plus la délégation accordée aux cadres intermédiaires est importante et donne à l'atelier une autonomie d'exécution notable. Les tâches accomplies par ces cadres y

relèvent en outre davantage de l'encadrement participatif que de la seule surveillance. Ceci peut se comprendre, si l'on tient en compte qu'une organisation ne peut limiter ses propres processus de contrôle internes – destinés à la «socialisation professionnelle» des individus – qu'à la condition que ceux qu'elle emploie aient déjà été durablement «socialisés» dans le système éducatif.

Pour les entreprises disposant d'un personnel globalement moins diplômé, la mise à distance hiérarchique paraît être plus importante. La légitimation de l'autorité y passe par la création de ruptures fonctionnelles nettes. En ce qui concerne la stabilité du personnel sans diplôme, l'on constate qu'elle est d'autant plus forte que le niveau de capital humain dans l'entreprise est faible. Ce type de personnel peut, en de telles circonstances, composer à terme une part importante de l'encadrement, puisque la mobilité verticale est contrôlée à partir des rapports différenciés que les travailleurs entretiennent avec l'entreprise et son système d'autorité (promotion des travailleurs les plus anciens; importance accordée à l'aptitude au commandement). Ce qui est favorable à la généralisation d'un système «d'autodidacte», dans lequel la mobilité résulte de la gestion par les organisations des potentialités des individus plutôt que du renforcement de leur appartenance à des groupes professionnels étroitement définis. Il n'en va pas de même dans les entreprises où le niveau de capital humain est élevé, le renforcement de la maîtrise que des groupes de travailleurs ont collectivement sur des ensembles de tâches y étant encouragé au travers de la formation continue.

Qu'en est-il toutefois de notre hypothèse d'une variation régionale dans la localisation de cette relation d'emploi «de valorisation des ressources humaines»? Il s'avère qu'elle a quelque pertinence, mais que si tropisme il y a, il est moins à chercher dans une opposition Suisse romande *versus* Suisse alémanique que dans une rupture de type centre-périphérie. L'on constate en effet que là où la qualification – acquise avant ou pendant l'emploi – est faible, soit en marge des agglomérations suisses, la relation d'emploi de «valorisation des ressources humaines» est peu implantée. La réciproque est vraie pour les régions où cette qualification est élevée, soit en premier lieu dans le canton de Zurich. C'est donc avant tout le degré d'urbanisation qui est corrélé à l'intensité de l'implantation de telle ou telle relation d'emploi.

De fait, l'adoption d'un mode particulier de relation d'emploi est indissociable du type d'activités économiques exercées. Si le canton est spécialisé dans les tâches de création, que l'on sait être essentiellement concentrées dans les

villes, alors c'est plutôt vers la «valorisation des ressources humaines» que la région s'orientera, puisque c'est la subjectivité du travailleur qu'il convient de promouvoir. Cette promotion – et donc la relation d'emploi de «valorisation des ressources humaines» – sera d'autant moins nécessaire que les productions sont routinisées. Dans ce cas-là, la réhabilitation de l'individu (et de sa subjectivité) dans l'entreprise, qui fait que l'individu est tenu pour un acteur, capable de se motiver et de s'impliquer, est superflue parce qu'il n'est guère difficile de définir précisément ce que le salarié doit faire. Stimuler sa créativité n'importe pas. Et ce type de production n'est pas l'apanage que d'une seule région linguistique suisse.

Envisager l'avenir

Compte tenu que la résistance à la concurrence interrégionale passe par la qualification du personnel et l'intensification de la coopération entre les catégories de travailleurs (horizontalisation à des fins de promotion de l'innovation et de la motivation du personnel), les régions les plus urbanisées de la Suisse sont globalement les mieux positionnées. Si au moins deux Suisses existent, qui connaîtront des évolutions particulières, il est peu judicieux de penser qu'elles seront opposables sur le seul critère de la langue. Leur urbanité sera sans doute plus pertinente.

S'il est souvent confortable de reproduire un discours, dans lequel la Suisse alémanique et la Suisse romande seraient des entités radicalement différentes, maintenant et à l'avenir, l'on est en droit de se demander si ce clivage systématiquement invoqué n'empêche pas de saisir à quel point en économie la rupture se fait avant tout entre «urbains» et «ruraux», ainsi que l'extrême importance des politiques amenant à la coordination «ville-campagne», au côté de celle destinée au rapprochement institutionnel et affectif des régions linguistiques.

1 Mager, C., *Eléments pour une analyse régulationniste de la dynamique différentielle des économies régionales. Le cas des cantons suisses dans les années 1980 et 1990*, Thèse de l'Ecole des HEC, 2000, Département d'économétrie et d'économie politique, Université de Lausanne.

EIN EUROPA-GRABEN TEILT DIE SCHWEIZ: PROBLEME DER KOHABITATION

Marcel Schwander

Leben wir in der offiziell viersprachigen Schweiz miteinander, nebeneinander, gegeneinander? Oder leben wir uns auseinander? Schon die Väter der «Helvetischen Republik» von 1798 wollten «deutschen Tiefsinn mit fränkischer Gewandtheit und italienischem Geschmack vermählen.» Doch seit einigen Jahren spricht man wieder von einem «Graben» zwischen Deutsch und Welsch wie einst im Vorfeld des Ersten Weltkriegs: Damals schlug das Herz der Romands für Frankreich und die Alliierten, während die Deutschschweiz im Geiste an der Seite des preussisch-deutschen Kaisers marschierte. Der spätere Nobelpreisträger Carl Spitteler redete damals den Deutschschweizern ins Gewissen: «Wollen wir oder wollen wir nicht ein schweizerischer Staat bleiben?» Wenn ja, so meinte er, dann müssten Landesgrenzen mehr bedeuten als Sprachgrenzen, und dies hiesse im Blick auf Deutschland und die Deutschschweiz: «Alle, die jenseits der Landesgrenze wohnen, sind unsere Nachbarn; alle, die diesseits wohnen, sind mehr als nur Nachbarn, nämlich unsere Brüder [...]. Die Feinde des Deutschen Reiches sind nicht zugleich unsere Feinde.»

Nun warnt ein Freiburger Historiker vor einer «Belgisierung» unseres Landes: Es drohe in Sprachenblöcke zu zerfallen. Das Westschweizer Nachrichtenmagazin *L'Hebdo* sieht gar das «Ende der Schweiz» in drei bis fünf Jahrzehnten. Anlass zu dieser Untergangsstimmung gaben verschiedene Volksentscheide, in denen eine Ja-Mehrheit der Westschweiz vom Nein der Deutschschweiz überstimmt wurde. 1992 sprachen sich die Romands für den Beitritt zum Europäischen Wirtschaftsraum aus, 1999 für eine Mutterschaftsversicherung; die alemannische Mehrheit beidemal dagegen: Gesamtschweizerisch überwog somit das Nein. Die welsche Schweiz votiert oft zukunftsfreudig und weltoffen, während sich die Deutschschweiz gleichsam in ein «Réduit» einigelt. Der Gegensatz zeigte sich bereits in Fragen wie politische Gleichberechtigung der Frau, Mieterschutz, Recht auf Wohnung, Waffenausfuhr- und Atomwaffenverbot. Manchmal steht römisches Rechtsdenken und welscher Individualismus gegen altgermanische Liebe zum rauschenden Eichenwald, so bei Verkehrsvorlagen: Die Romands wollten schneller fahren und sich nicht mit Gurten schnüren. Deutschschweizer Vorsicht war damals wohl eher am Platze.

Doch alles weist darauf hin: Die Schweizer verschiedener Sprache leben oft eher nebeneinander als miteinander, und das hat jahrhundertelang mehr oder weniger gut funktioniert. Ein Waadtländer Bonmot besagt denn auch: «En Suisse, on s'entend bien, parce qu'on ne se comprend pas.» Schwierig zu übersetzen, vielleicht etwa so: In der Schweiz kommen wir gut miteinander aus, weil wir uns nicht verstehen. Ist die Zeit des idyllischen Nebeneinanders vorbei?

Eine Frage stellt sich uns allen: Wie erobern wird unsere geistige Welt? «In konzentrischen Kreisen», erklärte einst der Freiburger Literat Gonzague de Reynold: «Gemeinde, Bezirk, Kanton, Schweiz...» Er war im Gespräch mit dem Waadtländer Schriftsteller C.F. Ramuz, der entgegnete: «Ich sehe mich in einem Rebberg über dem Lac Léman. Da grabe ich in die Tiefe, bis ich ins Herz aller Dinge gelange.»

Mein Vater sprach französisch, die Mutter deutsch: Die Kohabitation der Sprachen habe ich vorerst in der Familie als friedliche Koexistenz erlebt, dann auch – in konzentrischen Kreisen weiterschreitend – als Redaktor in der Zweisprachenstadt Biel, schliesslich aber als «Ärgernis Jura» im Kanton Bern. Das im Jahr 999 gegründete Fürstentum der Basler Bischöfe war Bern 1815 als ungeliebter «Trostpreis» nach dem Verlust der Untertanenlande Waadt und Aargau zugefallen. Bereits 1826 erhoben sich liberale Jurassier gegen «Berns Oligarchie», dann kam es zu heftigen konfessionellen Spannungen, und zur Zeit des Pangermanismus nach dem preussischdeutschen Sieg von 1871 zu handfesten Eindeutschungsversuchen. Nach 1950 bot der Jurakonflikt alle Ingredienzien eines ethnischen Konflikts, der aber – als «kantonales Problem» – von Presse, Politik und Politwissenschaft kaum ernst genommen wurde. Ich war oft als einziger Deutschschweizer Beobachter bei Zusammenstössen «sur place» und fragte mich bald einmal, ob dereinst ein «Juraproblem» auf Landesebene möglich werden könnte.

Als Redaktor am *Tages-Anzeiger* dann studierte ich die Westschweizer Kantone und ihr Verhältnis zur Deutschschweizer Mehrheit. Ethnopolitische Weltprobleme konnte ich auch auf Studien- und Reportagereisen untersuchen, so den Separatismus der franco-kanadischen Provinz Quebec. Die ehemalige Sowjetunion mit ihren hundert Sprachen und fünf verschiedenen Alphabeten, die sprachpolitisch begrenzten Teilstaaten im nachkolonialen Indien, den ethnisch-religiösen Konflikt auf Sri Lanka oder das einst französische Gross-

Louisiana (mit Städten wie La Nouvelle Orléans oder Saint-Louis)... Eines ist gewiss: Die Mechanismen der ethnischen Konflikte gleichen sich rund um den Erdball.

Dem Beispiel Ramuz' folgte ich als Übersetzer von rund zwei Dutzend literarischen Werken, so von Jacques Chessex: Ich versuchte in die Tiefe der französischen Sprache einzudringen, in die Seele der Romands. Manchmal hatte ich das Gefühl, ich hätte den Eiffelturm aus Holz oder Sandstein zu errichten: So verschieden ist das Baumaterial der Sprachen. Als ich meinen kleinen Sohn mit Lego spielen sah, dachte ich an den Meccano meiner Jugend und sah: Auch die *Bausysteme* der Sprachen sind verschieden, jede hat ihre Möglichkeiten und Grenzen. Und vor allem ist jede Sprache Ausdruck eines kollektiven Bewusstseins, jede bietet ein anderes Denksystem, eine andere Weltschau, eine andere Weltanschauung. Schon Wilhelm von Humboldt sagte von den Sprachen: «Ihre Verschiedenheit ist nicht eine von Schällen und Zeichen, sondern eine Verschiedenheit der Weltansichten selbst.»

Wie wurde die Schweiz mehrsprachig? Um 500 n. Chr. besiedelten die germanischen Burgunder die helvetisch-römische Westschweiz und übernahmen die «romanische» Sprache; die Alemannen eroberten dann die östlicheren Landesteile und blieben bei ihren urtümlichen «Rachenkrachlauten». Um das Jahr 1000 – die Sprachgrenze lag in grossen Zügen fest – wurde das Königreich Burgund vereint mit dem römisch-deutschen Reich (und dessen Herzogtum Alemannien). Die Eidgenossenschaft löste sich Schritt für Schritt aus dem Reich. Uri sicherte sich die Südrampe zum Gotthard, und dass das «Welschland» zur Schweiz gehört, ist vor allem dem «Imperialismus» der Stadtrepublik Bern zuzuschreiben.

Wie verhält sich die Deutschweizer Mehrheit zu den Romands? Mit viel Sympathie, die diese nicht immer erwidern. Deutschschweizer beneiden die romanischen Miteidgenossen um Eigenschaften, die ihnen abzugehen scheinen: Romands sind zwar Schürzenjäger, doch sogar in der Kritik findet sich noch heimliche Bewunderung. Unterschiede zwischen Deutsch und Welsch zeigen sich in der Gastronomie: Eine Käsegrenze trennt alemannische Emmentaler und welsche Greyerzer Käsereien; Romands lieben andere Gaumenfreuden als Deutschschweizer; sie essen häufiger auswärts, ihre Hauptmahlzeit geniessen sie am Abend (Deutschschweizer: Am Mittag). Doch seit der Europa-Abstimmung kann man von einem «Europagraben» sprechen.

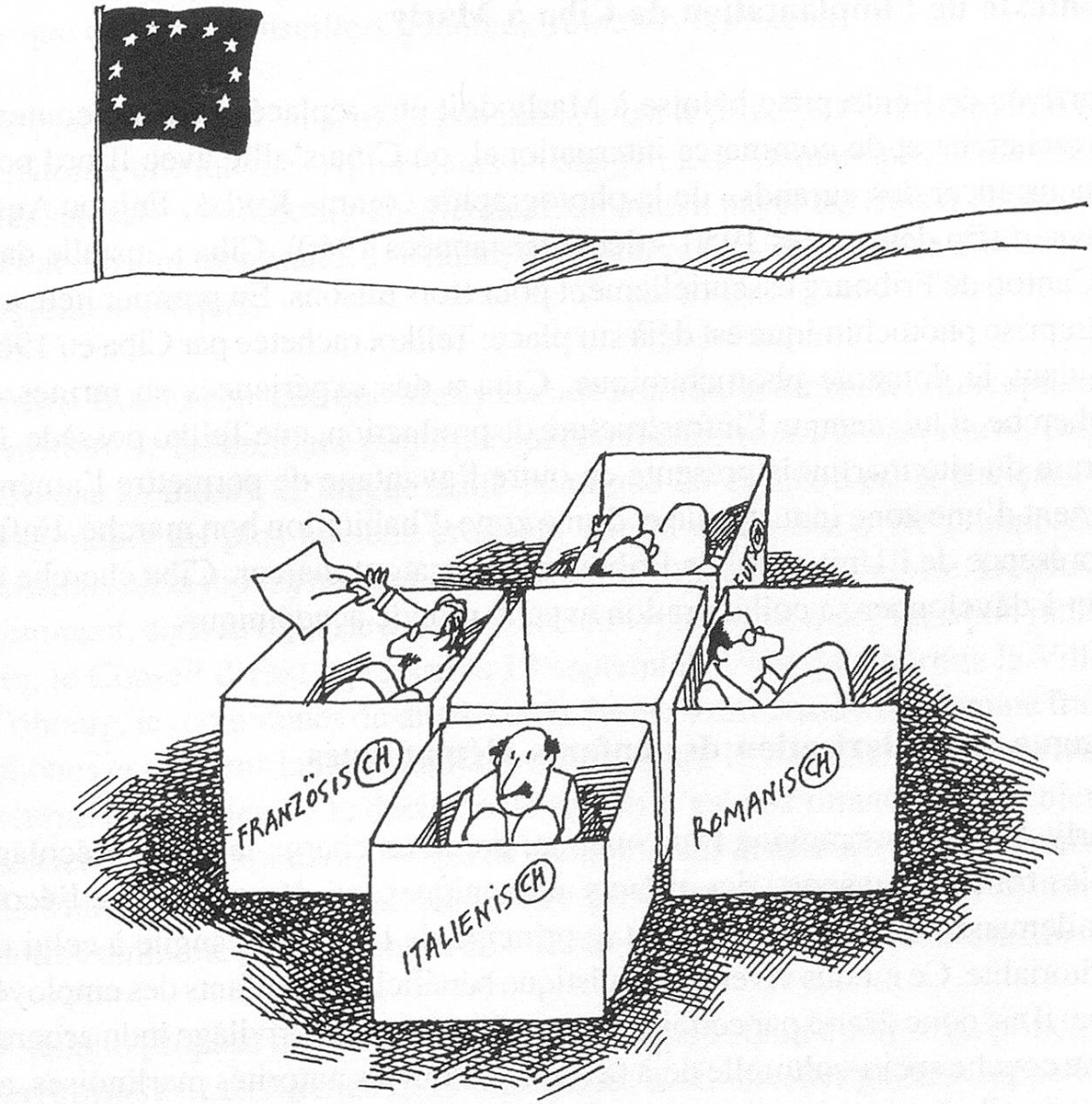
Irreführend ist das Unwort vom «Röstigraben» (in Freiburg mit der Sprachgrenze am Saanegraben heisst Rösti «Hääpereprägu», man müsste hier also von einem «Hääpereprägu-Graben» sprechen). Doch der Europagraben trennt kein Deutschschweizer Röstiparadies von einer röstilosen welschen Wüste, sondern ein alemannisches von einem romanischen Röstiland. Romands kannten die Rösti als «pommes de terre fricassées» ebenso lange wie die Deutschschweizer, sie haben nur deren Bezeichnung übernommen (die heute auch im *Petit Larousse* zu finden ist).

Die Westschweiz hat keine gemeinsame Hauptstadt, sondern gleich drei Hauptstädte, die jedoch alle ausserhalb ihres Gebiets liegen: Politisch ist es Bern, wirtschaftlich Zürich, kulturell Paris. Bis vor einiger Zeit hatte sie kaum gemeinsame Institutionen, sodass ein Beobachter schreiben konnte: «La Suisse romande n'existe pas!» Die Westschweiz ist französischsprachig, die Mundarten sind fast ausgestorben (Romands sehen die Sprachgrenze als «Mundartmauer»!). Doch Lausanne spricht anders als Paris. Wer an einer Bar «un demi» bestellt, erhält im Waadtland einen Halben Weisswein, in Paris ein Bier; wer «au gymnase» geht, meint hier ein Gymnasium, dort die Turnhalle, hier zählt man – knapper als in Paris – «septante, huitante, nonante». Gleich wie in Paris sind die Anreden: Als «Docteur» wird nur der Mediziner angesprochen, Doktoren aller andern Fakultäten als «Monsieur» der Rechtsgelehrte aber als «Maître». Sollte man von einer Doktorengrenze sprechen?

Wie weiter? Die trennenden Kräfte scheinen zu wachsen: Wirtschaftliche Entscheidungszentren konzentrieren sich um Zürich; das Fernsehen fördert den Disco- und Globalisierungsslang der Yankees, und Englisch vermindert das Interesse an einer zweiten Landessprache. Doch nach wie vor wirken auch verbindende Kräfte: Allen Kantonen gemeinsam ist eine schweizerische Politkultur, Parteien wirken landesweit, konfessionelle- und andere Grenzen durchschneiden die Sprachgrenzen, und damit bilden sich Kraftfelder über das ganze Land. Sogar die für Schweizer wichtige «Jassgrenze» zwischen deutschen und französischen Karten verläuft abseits der Sprachgrenze.

Vielfalt statt Gleichschaltung! Die Schweiz ist ein Land der Gipfel und Gräben. Wenn wir alles ausebnen, so kommt sie flach heraus. Doch Vielfalt stärkt den Zusammenhalt! Gipfel können überwunden, Gräben überbrückt werden.

Sogar der kritische Zeitgenosse Friedrich Dürrenmatt sagte einst: «Die Schweiz ist kein Experiment, das abgebrochen werden muss.»



Zeichnung von Nico, in: *Fondue und Rösti*, Vontobel Holding, Zürich, 1993.

LA FRONTIÈRE DES LANGUES À MARLY: L'INFLUENCE DE CIBA[1]

Stéphane Tendon

Contexte de l'implantation de Ciba à Marly

L'arrivée de l'entreprise bâloise à Marly doit être replacée dans un contexte de recherche et de commerce international, où Ciba s'allie avec Ilford pour concurrencer des «grands» de la photographie comme Kodak, Fuji ou Agfa-Gevaert (fin des années 1950 – début des années 1960). Ciba s'installe dans le Canton de Fribourg essentiellement pour trois raisons. En premier lieu, une entreprise photochimique est déjà sur place: Tellko, rachetée par Ciba en 1961. Si, dans le domaine photochimique, Ciba a des expériences en termes de recherche, il lui manque l'infrastructure de production, que Tellko possède. Le terrain du site marlinois présente en outre l'avantage de permettre l'aménagement d'une zone industrielle et d'une zone d'habitation bon marché. Enfin, la présence de l'Université de Fribourg est un atout majeur: Ciba cherche en effet à développer sa collaboration avec le monde académique.

Langue de scolarisation des enfants alémaniques

Marly, bien que commune francophone, prend en charge les frais d'écolage (et les frais de transport) des enfants alémaniques qui désirent suivre l'école en allemand à Fribourg, préférant le principe de liberté de langue à celui de territorialité. Ce modus vivendi linguistique bénéficie aux enfants des employés Ciba: il est donc décrié par certains Romands comme un privilège indu accordé à une couche socio-culturelle déjà favorisée. Pour les autorités marlinoises, au contraire, il n'y a aucune raison de s'offusquer de la situation, vu que la commune procède ainsi depuis longtemps: l'ELP (Ecole Libre Publique) accueille des réformés alémaniques depuis le début du XIXe siècle. Dès 1964, sous l'influence de la venue de Ciba, les Marlinois vont toutefois étendre la possibilité de scolariser les enfants en allemand à d'autres Alémaniques, indépendamment de la religion, dans les écoles officielles alémaniques de la ville.

«L'Affaire Marly»

Dès le milieu des années 1980, les tensions deviennent perceptibles à Marly.

Elles émergent dans les débats du Conseil général (législatif marlinois). Les rivalités sont d'abord querelles de personnes. C'est précisément le 22 novembre 1989 que «l'Affaire Marly» proprement dite éclate, à l'occasion de l'adoption du nouveau règlement scolaire. Le Conseil général doit débattre ce jour de la modification du «Règlement local du cercle scolaire de Marly», qui date de 1973. Du même coup, la flexibilité offerte aux Alémaniques va être confirmée, ce que certains Conseillers généraux romands regrettent.

Or, pour plusieurs Conseillers généraux, c'est le principe de territorialité («un territoire, une langue») qui est mis en danger. Les Alémaniques, s'ils veulent être scolarisés à Fribourg en allemand, devraient payer les frais d'écolage. Le débat devient identitaire. J. Biland, Conseillère générale, refuse d'accepter le règlement tel quel.

«Mme Biland constate que Marly est une commune romande, francophone et l'histoire de la commune politique qui commence vers 1830 le prouve. Depuis 150 ans au moins, la langue seule et unique du cadastre est le français. Les documents les plus anciens prouvent que la commune a été composée de territoires à la toponymie entièrement latine, française ou patoise. De plus, récemment, dans sa réponse à la motion Deiss (problème d'organisation judiciaire), le Conseil d'Etat a précisé le 19 septembre 1989 que, hormis la Ville de Fribourg, les communes du district de la Sarine sont considérées comme francophones et que leur langue, judiciaire, doit rester le français. [...] Mme Biland estime que l'enjeu de la décision de ce soir n'est pas financier. Cet enjeu est beaucoup plus important, il s'agit de définir ni plus ni moins le statut linguistique de Marly. [...] La décision qui va être prise ce soir va marquer l'histoire de notre commune [...] Le Canton de Fribourg nous regarde, et même la Suisse.»[2]

J. Biland propose de modifier le règlement, pour tenir compte du principe de territorialité. Les Alémaniques répliquent: un Conseiller général rappelle des promesses tenues au moment de l'établissement de *Ciba*. L'argument fiscal est brandi: les Alémaniques pourraient partir, et ils payent une partie importante des impôts de la commune, notamment par la fiscalisation des hauts salaires. La proposition de J. Biland est repoussée, dans un vote à mains levées, par 25 voix contre 20, et le règlement scolaire accepté dans sa nouvelle teneur.

Remarques

Il faut attendre le début des années 1980 pour que la question linguistique apparaisse comme un problème idéologique d'importance. C'est l'heure où la

problématique linguistique prend une cohérence pour les milieux intellectuels, politiques, journalistiques romands. La «Question jurassienne» se prolonge en une régionalisation de la quête identitaire. Le postulat de Jean-Pascal Delamuraz en 1978 sur la question des minorités linguistiques, l'entrée du Canton du Jura dans la Confédération (1979), l'apparition spectaculaire du «Röstigraben» en 1980 dans la votation populaire sur la ceinture de sécurité, le *Manifeste romand* du Mouvement populaire romand (1982), le pamphlet *La Romandie dominée* d'Alain Charpilloz et Geneviève Grimm-Gobat (1982), le premier numéro de *L'Hebdo* en 1983: ces quelques jalons, parmi d'autres, vont conduire à l'éveil d'une conscience romande, et à la crise du «Röstigraben» après le rejet alémanique de l'Espace Economique Européen le 6 décembre 1992. Un peu paradoxalement, dans le Canton de Fribourg, les Alémaniques, qui sont minoritaires, exercent par la DFAG (Deutschfreiburgische Arbeitsgemeinschaft) un mouvement de lobbying suffisamment fort pour hisser l'allemand sur un plan d'égalité avec le français.

Certains francophones, tout en approuvant sur le fond les revendications alémaniques, craignent une germanisation latente, due à la proximité de la frontière des langues et aux immigrants alémaniques, arrivés entre autres avec Ciba. Dès 1986, la CRPF (Communauté Romande du Pays de Fribourg) œuvre à la défense de la langue française. Elle demande que certains principes sous-tendent toute discussion linguistique, comme la territorialité. Chaque commune, d'après la CRPF, devrait être déclarée officiellement romande ou alémanique, les citoyens de l'autre langue se devant de respecter ce choix, au même titre que l'immigré d'un autre pays. Le *Manifeste de Marly* fait écho au *Manifeste romand* et étaye les convictions de la CRPF en 1995.

Il serait réducteur de n'évoquer qu'un «simple» débat linguistique et éventuellement idéologique pour expliquer «l'Affaire Marly». D'autres éléments viennent expliquer des malentendus, voire des mésententes entre les communautés. Ils sont à chercher dans les différences socio-culturelles et économiques entre certains habitants de Marly de souche et les employés de Ciba. Mentionnons les salaires des employés de Ciba et leurs «privilèges» (par exemple des rabais dans les commerces locaux).

De même, il faut mentionner le contexte local des années 1960. Marly, comme beaucoup de villages du Canton de Fribourg, vit sous le règne des «trois rois», que sont le syndic, l'instituteur et le curé. Progressivement, et en partie avec l'influence des arrivants alémaniques, le village s'urbanise, s'agrandit, se moder-

nise. L'évolution rapide du village a pu susciter quelques incompréhensions chez les Marlinois. A l'inverse, certains Alémaniques ont parfois pu faire preuve d'arrogance et refuser de s'intégrer à la vie du village. Enfin, l'affaire de l'ELP montre l'importance de faire la part des choses entre une problématique religieuse historique datant du XIXe siècle et un filtre interprétatif identitaire et linguistique des années 1980.

En forme de conclusion provisoire (la recherche n'est pas close), nous pensons que «l'Affaire Marly» a été moins une réaction marlinoise face au changement que l'opportunité pour un réflexe identitaire de se manifester, en un écho fribourgeois aux «Röstigrabologues» romands des années 1980 et aux séparatistes jurassiens des années 1960-1970. Sans nul doute, il s'agissait aussi de prendre le contre-pied des concerts récurrents de louanges adressées à l'entreprise bâloise pour son rôle dans la région. En 1996, l'annonce du départ de Ciba a pu donner raison à la CRPF («lâchage» du site de Marly). Mais il faut mentionner que l'héritage bâlois a contribué à mettre en place un dynamisme régional, qui a vu plusieurs entreprises – ou leurs représentations – s'établir dans le canton: Farchim à Bulle, Michelin à Grange-Paccot, Cosmital (Wella) à Marly, ou encore Dade à Düdingen.

---

1 Cette recherche est menée sous la direction des Professeurs M. Schaffner (Bâle) et F. Walter (Genève). – Pour davantage de renseignements, tapez http://www.histoiregenerale.unige.ch/histoiresuisse/tendon.

2 Source: *Séance du Conseil général du 22 novembre 1989*, in: *Procès-Verbaux, Séances du Conseil général [de Marly] 1987-1990.*

«UN FRONTALIER DE L'INTÉRIEUR»: UN NOUVEAU CONCEPT DE FRONTIÈRE DANS LE CINÉMA SUISSE DES ANNÉES 70

Maria Tortajada

Plutôt que d'observer et d'analyser, sur une grande partie de la cinématographie helvétique[1], la récurrence de la question linguistique et culturelle comprise comme le reflet fluctuant du débat social, nous préférons proposer une réflexion théorique sur la frontière à partir d'un film réalisé en 1977 par Alain Tanner pour la Télévision suisse romande. Il apparaît rétrospectivement comme un travail préparatoire à son long métrage de fiction, *Messidor*, sorti en 1979, car il est entièrement fondé sur le voyage en Suisse: il montre le parcours de Genève à Berne, puis le retour, que ce soit en train ou en voiture. Ce court métrage est un film essai, où alternent les commentaires off, dits tantôt par une voix féminine, tantôt par le cinéaste. L'intérêt de *Temps mort*[2] est de mettre en place, à travers l'interrogation de la différence linguistique, une conception de la frontière qui modifie sa fonction de borne identitaire ou de limite clôturante constitutive d'un groupe différencié par rapport à un autre.

L'expression «barrière de röstis» relève effectivement de l'imaginaire de la frontière et c'est ce concept qu'il faut définir par rapport à celui d'identité. La frontière se conçoit comme une *limite* entre deux espaces. Elle sous-entend la détermination plus ou moins précise de l'endroit où s'inscrit la séparation, c'est-à-dire un *acte de délimitation*, expression d'un pouvoir qui affirme ainsi son droit et sa capacité d'opérer ce tracé. Elle peut se matérialiser sur le territoire par une *démarcation* naturelle, le lit d'un fleuve ou une montagne, ou par un acte délibéré de bornage. En somme, la frontière définit des modes d'organisation différenciés et donc se présente comme un élément déterminant du concept d'identité formé à partir des mêmes présupposés historiques que celui de nation. On peut dire en effet que l'identité se fonde par l'affirmation d'une *différence* qui définit un groupe par rapport à un autre, donné dans son altérité. Chaque groupe tend à se voir comme une *totalité*, dans un idéal *d'unité*, symbolisé par un centre, comme la capitale, ou représenté par un mythe fondateur. La frontière constitue cette limite qui détermine un tout unitaire en le séparant de ce qui relève de l'altérité.

Temps mort reconsidère la frontière linguistique entre la Suisse romande et la Suisse alémanique, pour produire une transformation radicale du concept d'iden-

tité[3]. Il est ostensiblement à la recherche d'une limite au moment où le trajet va quitter une langue pour l'autre. Le court métrage postule l'existence de la frontière, liée à un marquage symbolique: il recherche des traces, des noms. Le trajet n'est pas anodin: partant de Genève, située à la périphérie de la Suisse, il se dirige vers Berne, son centre politique. Il ne s'agit pourtant pas d'affirmer sans autres la suissitude et d'accepter la capitale fédérale comme référence. Si le film est l'expérience même du voyage vers le cœur de la Suisse, la voix off le rend problématique, parlant de cette image «qui court nulle part, ou vers Berne, tout simplement». La capitale est effacée ou renvoyée à un non-lieu: le symbole politique du national est évincé. Comment dès lors définir une identité si celle-ci ne peut se référer à un Etat à travers ses symboles? Comment le cinéaste suisse peut-il se connaître ou se reconnaître?

Le franchissement de la limite entre les deux régions linguistiques fait basculer le concept de frontière et permet de reposer une définition nouvelle de l'identité, capable de se substituer à l'approche nationale traditionnelle récusée dans le film. La voiture roule sur l'autoroute à une vitesse constante, et le spectateur assiste au défilement du paysage. Puis, avant que le conducteur ne prenne la direction de Düdingen, la voix off féminine commente:

«Un jour, vers midi, il [le cinéaste] se trouva à la hauteur de Düdingen et il eut faim. Il se souvint que Düdingen s'appelait Guin en français et que ses parages annonçaient justement le lieu de la séparation des langues. Il l'avait appris à l'école. Etrange, cette séparation. D'un kilomètre à l'autre, la langue, la culture, le monde se renversent.»

La voiture a quitté l'autoroute et, en un travelling continu, entre dans la localité sans jamais devoir s'arrêter. Le spectateur a pu voir plusieurs panneaux indicateurs en allemand, dont le premier, sur l'autoroute, est le plus lisible. La voix continue:

«Il entra donc dans Düdingen et s'arrêta à l'auberge ‹Zum Ochsen›: ‹Aux bœufs›. Là, des dîneurs, ouvriers du chantier voisin, furent surpris par la caméra.»

Pourtant, le spectateur ne voit pas l'auberge à l'image. La voix de Tanner enchaîne, et ce n'est qu'un peu plus tard que le mouvement continu du trajet est interrompu: le film situe alors d'emblée le spectateur à l'intérieur du bistrot.

La voix off rappelle donc qu'il existe *un lieu* de la séparation des langues, lieu défini dans sa matérialité. Même si sa localisation reste vague – les parages de Düdingen ne font que l'annoncer –, il est garanti par une institution de savoir, l'école. Le commentaire désigne une limite où tout «se renverse», faisant référence à un monde construit selon deux ordres qui se font face: il pose ainsi l'existence d'une véritable frontière. Cependant, guidé par la caméra et à l'écoute de ce discours, le spectateur se déplace suivant le mouvement continu de la voiture, sans jamais s'arrêter, sans franchir d'obstacles: le trajet, rendu par l'image, par le travelling, est justement remarquable par sa fluidité. En somme, le film *construit* à proprement parler la limite comme paradoxale, et de ce fait, le spectateur est appelé à rechercher les signes pouvant témoigner de cette frontière insaisissable matériellement, phénoménologiquement, mais dont l'existence est pourtant affirmée comme le soulignent les noms de lieu germaniques, traces officielles qu'enregistre le film. La voix off affirme d'ailleurs le caractère double du lieu en le nommant en allemand et en français. Il en va de même pour l'auberge, «Zum Ochsen». L'entrée dans le café accentue le paradoxe: alors que tout semblait annoncer le suisse allemand, on entend, non sans surprise, les travailleurs attablés répondre en français aux questions qui leur ont été posées, ce qui vient rendre problématique la localisation de la frontière entre les deux langues. Le film affirme son ambiguïté, tout en la construisant comme telle.

Il n'ignore pas la limite linguistique ni la différence qu'elle implique, mais en propose une redéfinition à travers la recherche active sur le terrain. C'est de l'action même de la traverser que l'on saisit son caractère indéterminé. La frontière lie un sujet à un lieu de transition, à travers le déplacement qu'elle exige et la quête qu'elle requiert. En soulignant l'acte par lequel la frontière apparaît à celui qui la traverse en un lieu précis, le film exclut la notion d'enfermement et rend secondaire celle d'encerclement. Ce qui compte, c'est le *point* ou la *zone* du passage, non plus la *ligne*, seule capable de se refermer et de délimiter un territoire dans sa totalité. Le concept de frontière n'inclut plus alors comme caractère nécessaire à sa définition la bordure en forme de boucle, clôture d'une surface, essentielle à la définition de la nation ou de la région. Ce déplacement n'est pas sans conséquences car, en changeant la notion de frontière, on met en danger celle d'identité, conçue comme l'unité d'un tout centré sur lui-même dans sa distinction, que doit préserver justement la limite qui le borne: c'est le modèle traditionnel de l'identité nationale défini plus haut. Ce n'est pas un hasard si au moment même du passage de cette limite le cinéaste se définit par ses origines multiples, en nommant ses ancêtres de Shaffhouse, de Bourgogne, de Carouge, de Hongrie…

Pourtant, le film démontre que la frontière est nécessaire car la quête de l'identité, celle du cinéaste dans ce cas, s'accomplit dans la recherche de cette limite. S'il conteste un certain concept de la frontière, il en propose donc un autre, que l'on pourrait appeler la frontière-action: celle-ci n'annule pas les différences, mais les entremêle dans le lieu même du passage et, pour cela, renonce à se définir comme une ligne encerclante. Elle ne fonde pas l'unité d'un groupe, car le groupe ne peut s'enclore, il contient lui-même de multiples origines qui font son ouverture. Elle ne permet pas de concevoir la nationalité comme une *appartenance*, mais suscite le passage réitéré d'un espace à l'autre par une quête active. En somme, trouver son identité revient à se connaître comme passeur ou comme «frontalier». Le film le formule ainsi:

«Lui [le cinéaste], il pensait autrefois, il n'y a pas si longtemps, que d'être un métèque constituait un lourd handicap pour celui qui prend la parole, [...]. Aujourd'hui il pense au contraire qu'il n'est pas aussi désagréable de ne pas avoir de terre à ses souliers. Il est un frontalier, mais un frontalier de l'intérieur.»

Le frontalier est l'homme du passage, à entendre sans doute ici de deux manières: il est celui qui traverse la frontière située au cœur du territoire helvétique, frontière linguistique et culturelle dans ce cas; mais aussi, il est celui qui, vivant en Suisse, porte en lui le passage de ses ancêtres aux multiples origines. Annulant la pertinence de la frontière nationale comme ligne symbolique de délimitation spatiale et identitaire, il promeut la frontière-action, à partir de sa représentation spécifique de la séparation ambiguë des langues. Pour construire son identité, il faut en quelque sorte être un «frontalier de l'intérieur», il faut construire une frontière *dans* le territoire et constamment la traverser.

La proposition est radicale car, il ne faut pas s'y tromper, la frontière que le film met en scène n'est pas une limite encerclante «améliorée», rendue en quelque sorte poreuse, permettant une communication et des échanges, malgré le cercle qu'elle établit autour d'un groupe unitaire. En somme, le film ne se contente pas d'introduire un «degré» d'ouverture dans le concept de frontière. Son originalité est de renoncer, pour définir l'identité, à la pertinence de la frontière encerclante – qu'elle soit nationale, régionale ou culturelle d'ailleurs, car le modèle de base est le même, celui des nationalités. Il la rend inopérante par le multiple qui atteint l'origine. Le film préfère un autre concept de frontière, fondé sur un paradoxe apparent et qu'il construit en s'appuyant sur la représentation de la frontière linguistique incertaine. Il s'agit de placer *à l'intérieur* une limite qui, croit-on, ne peut se comprendre que comme un

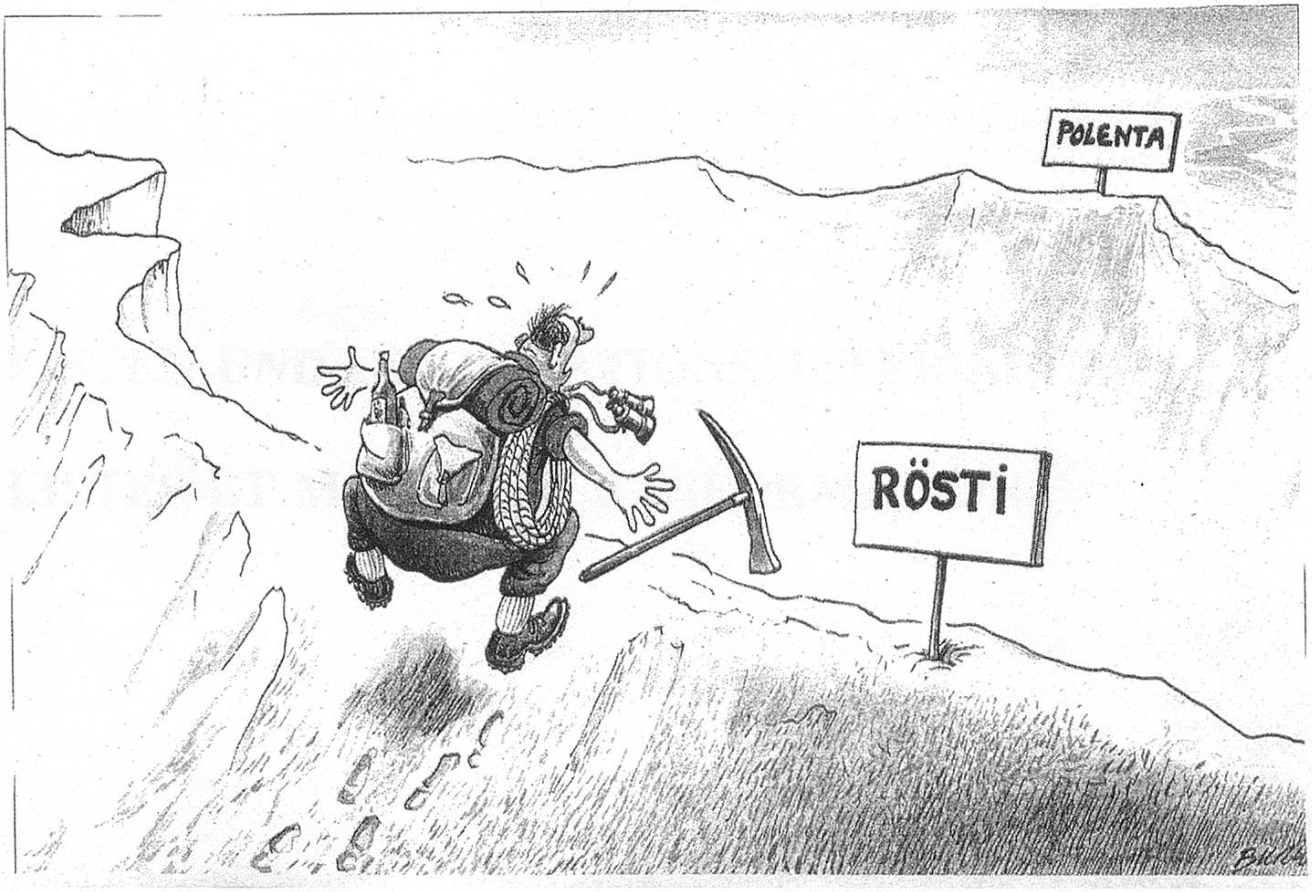
bord; il faut imaginer une frontière qui est *au centre* et non à la périphérie. *Temps mort* nous montre que, si on renonce à la valeur encerclante de la notion, pour lui substituer le principe actif du passage, on parvient à une proposition capable de transformer le concept d'identité. A ce prix, on peut penser une identité positive hors des présupposés du national.

---

1 Notons que l'index historique de tous les longs métrages produits en Suisse pendant les trente-cinq dernières années, actuellement en cours d'élaboration à la Cinémathèque suisse, semble indiquer que très peu de films prennent comme *sujet,* comme centre de leur histoire ou de leur thématique, la question de la barrière linguistique. Le résultat est bien sûr provisoire, puisque le corpus n'a pas encore été traité entièrement. Ce projet de la Cinémathèque suisse, soutenu par l'Université de Lausanne, section d'Histoire et esthétique du cinéma, est financé par le FNS: *Histoire du cinéma suisse 1966-2000*, vol. 2 (dir. Hervé Dumont, Maria Tortajada).

2 Il est l'un des quatre films co-produits par la Télévision suisse romande et Vidéofilms pour l'émission *Ecoutez-voir*, respectivement réalisés par Anne-Marie Miéville, Francis Reusser, Alain Tanner et Loretta Verna. Diffusés séparément, le 18 et le 25 novembre, ainsi que le 2 et le 9 décembre, ils ont été précédés d'une émission, le 11 novembre, qui montre John Berger interviewant les auteurs. Nous remercions Michel Schöpfer et Patricia Herold pour leur aide dans la recherche de multiples données.

3 La conférence donnée au Musée national suisse, et l'article à paraître (*Deux concepts de la frontière dans le Nouveau cinéma suisse. «Messidor» et «Temps mort» d'Alain Tanner*), articulent la comparaison avec *Messidor*, qui, lui, met l'accent sur la frontière nationale, conçue comme une limite encerclante et négative, liée à la perte du sens et devenue incapable de fonder toute identité. La comparaison des deux films rend particulièrement prégnante la distance qui sépare les différents concepts de frontière et d'identité.



Zeichnung von Burki, Quelle unbekannt.